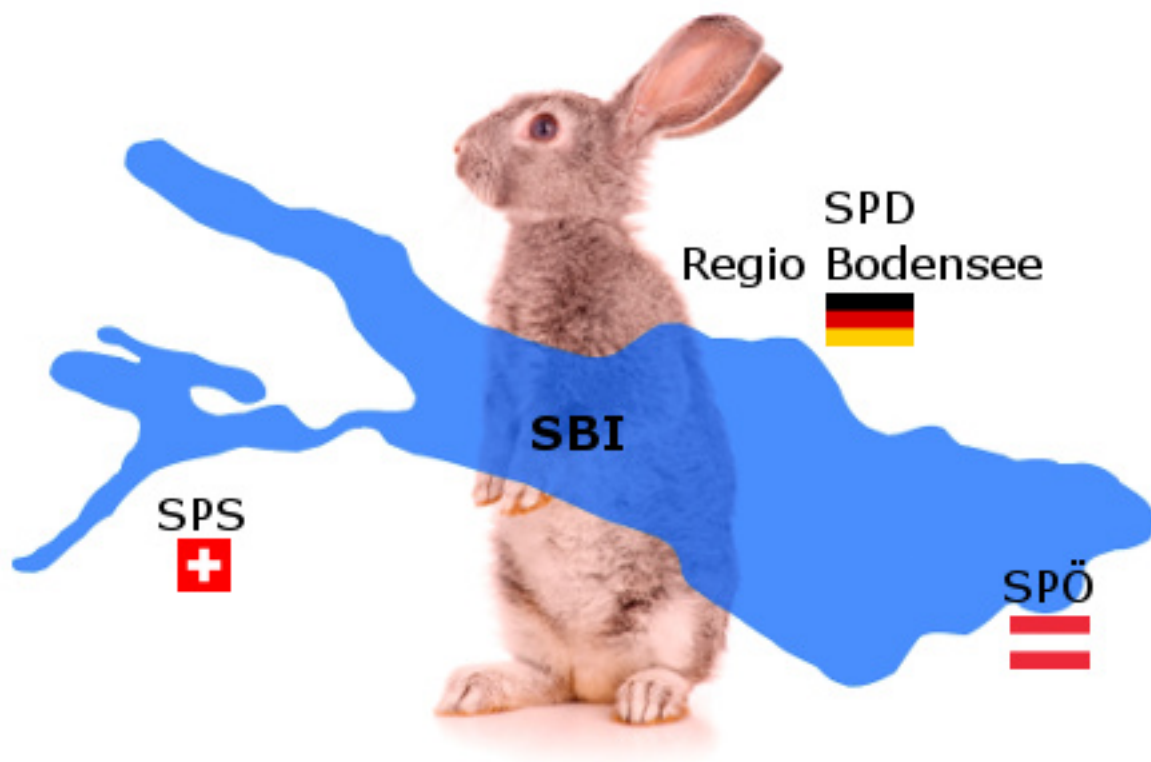


# „Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten,  
Verbände und Privatpersonen aus der  
internationalen Bodenseeregion



## Editorial

Ist die große Schlacht geschlagen? Eindeutiger Verlierer ist die FDP. Auf eine liberale Partei, die keine mehr ist, verzichteten die Wähler, auch, weil sie sich in der Regierung Merkel überhaupt nicht durchsetzen konnte.

Koalitionsverhandlungen sind keineswegs nur ein Zwischenspiel zur Regierungsbildung. Hier geht es ganz banal um angemessene Teilhabe an der Macht. Für uns Sozialdemokraten geht es jedoch auch um verlorene Glaubwürdigkeit. Dass die Basis stärker eingebunden ist, sollte uns auch einmal zum Vergleich an die Erfahrungen aus der Regierungsbildung 2011 in Baden –Württemberg ermuntern. Dass die Basis jetzt an der Regierungsbildung im Bund beteiligt ist, ist neu und hoch spannend – auch im

Blick auf die Union, die es nicht nur mit einer Verhandlungsdelegation sondern mit einer gar nicht so überschaubaren Mitgliedschaft der SPD am Verhandlungstisch zu tun hat.

Auch unser Nachbarland Österreich hat gewählt. Ein Besucher an unserem Info-Stand in Meersburg aus Niederösterreich zwei Tage vor unserem Wahltermin, meinte, in Österreich werde sich nichts ändern. Hoffen wir es, die ÖVP scheint durchaus Sympathie für ein Bündnis mit der FPÖ zu hegen.

Es grüßt Sie  
die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
- <b><u>Bundestagswahl</u>: Die Bundestagswahl 2013 in Südwürttemberg</b>	3
- Nach der Wahl - Wie geht es weiter? –	3- 4
- <b><u>BW</u>: Anträge zum Landesparteitag am 18.19. Oktober</b>	4- 5
- Leserbrief: „Streit um Steuererhöhungen“?	5
- <b><u>EU</u>: „Ringer wieder zurück auf olympischer Matte!“</b>	6
- „Verbraucher effektiv vor Spielsucht und Wettbetrug schützen“	6- 7
- „Konservative und Liberale torpedieren Sozialrechte“	7
- "Keine europäische Bankenaufsicht ohne demokratische Kontrolle"	8
- „EU-Bürger werden für Rechtsexperiment benutzt“	8- 9
- "Blockade der Bundesregierung bei Bankenunion geht auf Kosten der Steuerzahler"	9-10
- Eine Studienreise nach Belgien	10-13
- <b><u>SPD-Bodenseekreis</u>: Besuch der Friedrichshafener Moschee</b>	13-14
- SPD Bodenseekreis schließt Große Koalition nicht aus – die Inhalte entscheiden	14
- Termine im Bodenseeraum - <b>SPD-Publikationen in der Region ...</b>	14-15
- <b><u>SBI</u>: Prix Wasserfrau 2013 für Lila Distel in Singen</b>	16-17
- <b><u>SP Kanton SG</u>: SP-Grüne-Fraktion verdächtigt die Regierung der Abstimmungspropaganda - SP-Grüne-Fraktion verfolgt die Energiewende</b>	17-19
- Zu rasch zu viel Spielraum geschaffen!	19-20
- <b><u>SPÖ Vorarlberg</u>: Auch in Österreich wurde gewählt</b>	20-22
- Bildungssystem hat enormen Schub bekommen	22
- SPÖ hinterfragt ÖVP-Vorschlag betreffend „Roadpricing“	22
- Das Sterben blieb aus - 13 Jahre nach Fehlbefund wartet der Patient noch auf Gerechtigkeit	22-23
- <b><u>SPD KV BC und Martin Gerster</u>: Stephan Weil diskutiert mit „hochkarätigem Publikum“ über Energie</b>	23-24
- Kampf für die B312 hat sich gelohnt	24-25
- <b><u>BayernSPD - SPD Kreisverband Lindau</u>: Wahl-Marathon im Freistaat Bayern im September</b>	25-27
- <b><u>ASF</u>: Gleichstellung jetzt –Gleichstellungspolitik stärken</b>	27-28
- Leserbrief: Herr Oettinger und Fracking	28
- Einladung: Klausurtagung - AK „Christinnen, Christen und SPD“	29
- Impressum	30

## Die Bundestagswahl 2013 in Südwestwürttemberg

Nach vielen Wochen, wenn nicht Monaten, anstrengender Wahlkampf-Zeit mit Einzelveranstaltungen der Kreis- und Ortspartei, etlichen Podiumsdiskussionen der Wahlkreiskandidat/innen und vielen tausend Hausbesuchen ist das Ergebnis am Wahlabend doch etwas merkwürdig. Die Bundes-, Landes- und Regionalpartei der SPD hat an Wählerstimmen und Prozenten leicht zulegen können, aber das Ziel einer eigenen Regierungsmehrheit für Rot/Grün in Berlin ist weit verfehlt worden. Hinzu kommt, dass der politische Gegner in ad personam Angela Merkel und Horst Seehofer nur knapp die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag am 22. September verfehlt hat.

Und in Baden-Württemberg oder im Bezirk Südwestwürttemberg? Ebenfalls keine ermutigenden Botschaften aus der geneigten Wählerschaft. Die Landtagswahl Ende März 2014 steht ins Haus, und nächstes Jahr, am 25. Mai 2014, wählt man in Baden-Württemberg die Gemeinde- und Kreisräte neu, und überall in der Europäischen Union wird zum gleichen Wahltermin das EU-Parlament neu gewählt.

Aus Sicht der Sozialdemokraten in Südwestwürttemberg ist es erfreulich, dass man in der Zahl der eigenen SPD-Abgeordneten, die über die Landesliste in den Bundestag gewählt worden sind, um einen Abgeordneten zulegen konnte. Neben **Hilde Mattheis** (Ulm) und **Martin Gerster** (Biberach) ist jetzt auch **Dr. Martin Rosemann** (Tübingen) Mitglied des Bundestages. Der Rote See hat gratuliert allen drei MdBs herzlich zu ihrem Erfolg und wünscht viel Erfolg bei der Arbeit – auch für die Belange der südwestwürttembergischen Region – in den kommenden vier Jahren.

Es ist zu hoffen, dass auch damit die Rahmenbedingungen für die Parteiarbeit vor Ort, in den Kreisverbänden und Ortsvereinen zwischen der Schwäbischen Alb und dem Bodensee ein wenig verbessert werden können. Dies gilt für die parteiinterne Kommunikation ebenso wie für die schwierige Aufgabe, die Wählerinnen und Wähler besser von der Arbeit der SPD überzeugen zu können. Im Juso-Landesvorstand herrscht die kritische Einschätzung vor, dass der Bundestagswahlkampf (ebenso auch der Landtagswahlkampf 2011) ein Beleg dafür war, dass die Südwest-SPD „nicht genug

kampagnenfähig“ ist. Und Peer Steinbrück hat nach der Wahl eingeräumt, dass das mäßige Wahlergebnis unter anderem der Struktur- schwäche der SPD in den süddeutschen Ländern Bayern und Baden-Württemberg geschuldet ist.



**Neu im Bundestag. Dr. Martin Rosemann, Tübingen**  
Seit der Landtagswahl 2006 kündigt man im Landesvorstand der baden-württembergischen SPD nach jeder Wahl an, man werde ausgiebig das aktuelle Wahlergebnis für die Partei analysieren und dann organisationspolitische Konsequenzen zur Verbesserung der Parteiarbeit ziehen. Diesbezüglich ist allerdings bis jetzt nicht viel heraus gekommen.

02.10.2013

W.Bernhard

**Der letzte Satz oben stimmt nicht ganz. Das Totschlagargument: „Nicht zurückblicken, nach vorne schauen“ feiert fröhliche Urständ.**

Karl- Heinz König

## Nach der Wahl - Wie geht es weiter?

Steht nach einer Wahl kein Sieger fest, der alleine die Regierungsverantwortung übernehmen kann, beginnt die stärkste Partei die Suche nach einem Partner, mit dem sie eine Koalition bilden kann. Üblicherweise sucht diese Partei sich die nächst starke Partei unter den „Verlierern“ für Sondierungsgespräche aus oder die Partei, mit der sie die größte Schnittmenge sieht. Eine Neuerung im Falle CDU/SPD: sollten diese erfolgreich verlaufen, werden Ko-

alitionsverhandlungen vereinbart, die aber vom Parteikonvent der SPD genehmigt werden müssen. Bei negativem Ausgang verhandelt man mit dem nächstmöglichen Partner.

Koalitionsverhandlungen erfordern von den Partnern vor allem **Fähigkeit und Willen**, Kompromisse so zu vereinbaren, dass sich keine Partei als Verlierer sehen wird. Es muss Verlässlichkeit hergestellt werden, dass jeder Verhandlungspartner am Ende sein Wahlprogramm noch angemessen im Ergebnis wiederfinden kann.

Nun kommt ein Problem. Bisher verhandelten die Beauftragten miteinander und legten die Vereinbarung (Koalitionsvertrag) ihrer Partei zur Ratifizierung vor. Diese wurde in der Regel durch einen **Parteitag** vollzogen. Mittlerweile hat sich in der SPD das Prinzip der Mitgliederbeteiligung durchgesetzt:

Zitat aus der Pressemitteilung des SPD-Parteivorstandes vom 27. September 2013:

*„5. Die Gremien und Landesverbände der SPD werden vom Parteivorstand umfassend über mögliche Gespräche informiert und an möglichen Entscheidungsprozessen fortlaufend beteiligt. Dabei wird fortlaufend eine breite Meinungsbildung herbeigeführt um eine breite Akzeptanz zu erreichen. Über die Aufnahme möglicher Koalitionsverhandlungen entscheidet der Parteikonvent. **Über die Ergebnisse möglicher Koalitionsverhandlungen wird ein verbindliches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden.** Der Parteivorstand wird ein Höchstmaß an Transparenz und innerparteilicher Demokratie gewährleisten.“*

Die Mitgliederbeteiligung per Votum bedeutet aber auch große Anforderungen an die Verantwortlichkeit jedes Parteimitgliedes. Wer von vornherein gegen oder für eine große Koalition redet, stellt das vereinbarte Verfahren infrage. Eine Koalition ist jetzt Verhandlungssache der dafür vorgesehenen Gremien. Dass viele nach den Erfahrungen mit der Koalition 2005-2009 ganz und gar nicht begeistert von einer neuerlichen großen Koalition sind, hat doch nichts damit zu tun, dass wir nach dieser Wahl das Wählervotum genauso zu achten haben wie das Wohl unserer Partei und unseres Landes. Im Augenblick gehen wir schlicht davon aus, dass unsere Verhandlungsdelegation verantwortlich (ver)handeln wird. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, als Bedingung für die Einhaltung des

geplanten Koalitionsvertrages gesetzgeberisch bei ein- oder zwei wichtigen Gesetzen vor Vertragsabschluss in Vorleistung zu treten. „Vertrauen ist gut, Kontrolle....“.

Die von vielen Mitgliedern immer wieder geäußerte Austrittsdrohung im Falle der Bildung einer großen Koalition erscheint mir nicht sinnvoll. Die Mitglieder stimmen ab und anerkennen durch ihre Teilnahme auch die hinter einer Abstimmung steckende Regel: Der Verlierer akzeptiert das Ergebnis.

Da für ein Mitgliedervotum der vereinbarte Koalitionsvertrag vorliegen wird, geht auch die Union ein großes Risiko ein: die Zugeständnisse, die sie gemacht hat, liegen offen, können also nicht mehr gegenüber einem eventuellen weiteren Verhandlungspartner (Grüne) ohne weiteres zurückgenommen werden.

Eine große Koalition wird mehr SPD enthalten als Schwarz/Grün. Neuwahlen will niemand, der seinen Verstand zusammen hat.

Im Übrigen bin ich stolz auf die Mitgliedschaft in einer Partei bei der die Mitglieder an der Entscheidung über eine Regierungsbeteiligung eingebunden sind.

29.09.2013

Karl-Heinz König

## **Anträge zum Landesparteitag am 18.19. Oktober**

### **Resolution – Integrationsantrag**

Thema: Integration

Ersteller: SPD- Ortsverein Überlingen  
(Bodenseekreis)

Adressat:

An die SPD-Bundestagfraktion

An die Grün-Rote Landesregierung Baden-Württemberg

Stand: 02.10.2013

**Sollte es zu einer möglichen großen Koalition kommen und der damit verbundenen Zweidrittelmehrheit, fordern wir unsere Bundestagsfraktion auf, sich für eine Erweiterung bzw. Änderung des Artikels 28 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes einzusetzen. Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger sollen bei Kommunalwahlen mit „Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen“, gleichgestellt werden, wenn sie mindestens fünf Jahre in der Bundesrepublik Deutschland unbescholten gelebt haben.**

**Begründung:**

Die Integration von Migrantinnen und Migranten erfordert von uns, Menschen aus Drittstaaten die Möglichkeit zu geben, sich aktiv in ihrer Gemeinde einbringen zu können!

Da eine echte Teilhabe am Gemeindeleben nur möglich ist, wenn das Gemeindeleben mitgestaltet werden kann, müssen Migrantinnen und Migranten das aktive und passive Wahlrecht für Gemeinderäte und Kreistage erhalten.

SPD-Ortsverein Überlingen (Adnan Sabah)

## Beschlussantrag

zur Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins Waiblingen am 27. September 2013 in Waiblingen

**Antragsteller: Karl Bickel, Klaus Riedel, Hermann Schmid**

Der SPD-Ortsverein Waiblingen lehnt die Bildung einer Großen Koalition als Folge der Bundestagswahlen vom 22. September 2013 ab.

Stattdessen empfehlen wir eine von der SPD punktuell unterstützte Minderheitsregierung aus CDU und CSU.

Falls dies an der Union scheitert, ist die Alternative einer rot-rot-grünen Koalition ernsthaft zu prüfen.

Neuwahlen sind nach Auffassung des SPD-Ortsvereins keine Lösung.

**Begründung:**

- Mit einer Mehrheit von 79,8 Prozent der Sitze im Deutschen Bundestag würde das demokratische Prinzip der Balance zwischen einer stabilen Regierung und einer starken Opposition ausgehebelt.

- Das Gegengewicht einer Mehrheit im Bundesrat wäre verloren.

- In einer Großen Koalition könnte die SPD sich nicht eigenständig profilieren – ganz im Gegensatz zu den Oppositionsparteien: Von den Linken würde die SPD in der Sozial- und von den Grünen in der Umweltpolitik getrieben.

- Wie schon nach der Großen Koalition von 2005 bis 2009 würde die SPD – als diesmal noch schwächerer Juniorpartner – auch aus einer Neuaufgabe wiederum geschwächt hervorgehen.

- Eine Partei, die sich dauerhaft einer Mehrheit links von der Mitte verweigert, entspricht nicht mehr dem Selbstverständnis vieler Sozialdemokraten.

- Aus Protest gegen eine Große Koalition würden viele Mitglieder die Partei verlassen. Dies zeichnet sich anhand zahlreicher Berichte schon ab.

**Adressaten:** Parteikonvent, Bundesvorstand, Landesvorstand, Kreisvorstand, Medien

Über Günter Klepser

## Leserbrief

Was heißt denn:

### „Streit um Steuererhöhungen“?

Schlagzeilen zu möglichen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD vereinfachen die politische Auseinandersetzung im Stile der Sportberichterstattung auf „Streit um Steuererhöhungen“ und wer wen über den Tisch ziehen kann. Inhalte scheinen unwichtig.

Dabei muss Frau MoM (Merkel ohne Mehrheit) sagen, wie sie das Geld aufbringen will für bessere Bildung und Betreuung, für Instandsetzung und Ausbau der Infrastruktur, für bessere Finanzierung handlungsfähiger Kreise, Städte und Gemeinden, und – wenn das wirklich so wichtig ist – für den Schuldenabbau. Von ihren Wahlversprechungen ganz zu schweigen.

Das Konzept der letzten Jahre, Spitzenverdiener und Konzerne und deren Anteilseigner zu „entlasten“, ist erkennbar gescheitert. Der Realwirtschaft wurde Geld entzogen („die Rendite muss stimmen“) und im Finanzwesen verzockt. Durch den Einnahmeverlust der öffentlichen Hand wurde die Infrastruktur: Straßen, Brücken, Schiene, vernachlässigt, was inzwischen das Funktionieren der Realwirtschaft beeinträchtigt. Sanierung und Ausbau der Infrastruktur dagegen bringen zunächst Arbeit und Einkommen für viele und hinterher lange Zeit Nutzen für alle.

Das ist einer der Gründe, warum SPD, B'90/Grüne und Linkspartei wollen, dass Spitzenverdiener wieder stärker dazu beitragen, „unser Haus“ in Ordnung zu halten – was allen zu Gute kommt. Und sie haben die Mehrheit im 18. Deutschen Bundestag.

30.09.2013

Andreas Raschke

# Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

## „Ringer wieder zurück auf olympischer Matte!“

**Gemeinsamer Schulterschluss von Ringern,  
Politik und Öffentlichkeit gegen  
Olympiaausschluss erfolgreich**

Die mehr als 25.000 baden-württembergischen Mitglieder von Ringervereinen und die unzähligen Fans der Traditionssportart können aufatmen: Ringen bleibt im olympischen Programm. Das hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) auf seiner Vollversammlung in Buenos Aires entschieden und den Ringern den letzten freien Platz für die Olympischen Spiele 2020 und 2024 zugeteilt. "Olympische Spiele ohne Ringen wären Olympische Spiele mit einem großen Defizit gewesen. Die ursprüngliche Entscheidung des IOC, die olympischste aller Sportarten mit einer jahrtausendealten Tradition kommerziellen Interessen opfern zu wollen, war ein grober Fehler, der richtigerweise auf der Zielgeraden gerade noch einmal korrigiert wurde. Das gemeinsame Ringen um die Ringer hat sich gelohnt: Willkommen zurück auf der olympischen Matte!", freut sich der baden-württembergische Europaabgeordnete **Peter SIMON** mit Aktiven und Fans.

Nach einer Ankündigung des IOC im März dieses Jahres, Ringen ab 2020 von den Olympischen Spielen auszuschließen, hatte **Peter SIMON** gemeinsam mit acht weiteren sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament eine Initiative gestartet, die sich für den Erhalt der Sportart im olympischen Programm eingesetzt hat. Mehr als 100 Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen und Ländern schlossen sich der Initiative an: "Die länderübergreifende Zustimmung zu unserer Initiative hat gezeigt, welchen Stellenwert das Ringen in ganz Europa besitzt. An dem Schulterschluss zwischen Sportlern, Fans und Politik kam das IOC zu Recht nicht vorbei", unterstreicht Peter SIMON.

"Durch die mit der Olympiateilnahme verbundenen Fördermittel können wir unsere bundesweit beispielhafte Nachwuchsförderung in Baden-Württemberg kontinuierlich und langfristig fortsetzen. Und den Sportlerinnen und Sportlern bleibt mit dem Traum von einer Teilnahme an Olympia einer der wichtigsten Motivationsfaktoren überhaupt erhalten", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 09.09.2013

Für weitere Informationen:  
Büro Peter Simon, MdEP

Evelyne Gebhardt und  
Petra Kammerevert:

## „Verbraucher effektiv vor Spielsucht und Wettbetrug schützen“

**Sozialdemokraten fordern stärkere  
Schutzbestimmungen für Online-  
Glücksspiele**

Das Europaparlament will Verbraucher besser vor Suchtgefahr und kriminellen Aktivitäten im Bereich von Online-Glücksspielen schützen. Dies hat die Institution am Dienstag mit großer Mehrheit in Straßburg beschlossen. „Online-Glücksspiele kennen keine Grenzen“, betont die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament **Evelyne Gebhardt**: „Ein hohes Schutzniveau für den Verbraucher, insbesondere für Minderjährige und andere gefährdete Personen, hat deshalb oberste Priorität.“

In dem am Dienstag beschlossenen Initiativbericht des Parlamentes heißt es, das Risiko der Verbreitung von Glücksspielen sei momentan aufgrund der schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Situation in vielen Mitgliedstaaten besonders groß. „Wir brauchen ein sicheres Angebot von Glücksspieldiensten, eine wirksame Überwachung der Wetten und ein System gegen grenzüberschreitend agierende, illegale Glücksspielanbieter. Eine Liberalisierung des Glücksspielmarktes wäre deshalb absolut kontraproduktiv“, macht die SPD-Abgeordnete **Evelyne Gebhardt** deutlich.

Auch Sportwetten und daraus resultierende Spielmanipulationen stehen im Fokus des Initiativberichts. „Beim Sport geht es nicht nur um Sieg und Niederlage, sondern auch um viel Geld“, so die SPD-Abgeordnete **Petra Kam-**



**merevert.** „Wer aber weiß, dass bei Online-Wetten Milliarden umgesetzt werden, der ahnt, dass dort auch Kriminelle ihr Unwesen treiben. Deshalb bin ich froh, dass das Europäische Parlament der Forderung des für den Sport zuständigen Kulturausschusses nach einem Verbot von Live-Sportwetten gefolgt ist. Hier kann online, anonym und mit ständig wechselnden Quoten auf die aberwitzigsten Geschehnisse getippt werden, was den Sport manipulationsanfällig macht. Fans müssen sich darauf verlassen können, dass zukünftig in „ihrem“ Sport wieder alles mit rechten Dingen zugeht“, so die Sozialdemokratin: „Ein weiterer Erfolg unserer Bemühungen ist, dass es uns gelungen ist, Netzsperrern durch die Hintertür zu verhindern.“

Den Mitgliedstaaten bleibt es auch künftig freigestellt, wie sie das Angebot von Online-Glücksspieldiensten organisieren und regulieren. Der Glücksspielsektor in Europa ist geprägt von sehr unterschiedlichen Traditionen und Kulturen. Daher weichen auch die jeweiligen Regelungen in den einzelnen Mitgliedstaaten in Teilen stark voneinander ab. „Es liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, EU-weit ein hohes Verbraucherschutzniveau bei Glücksspielen im Internet sicherzustellen“, unterstützt die SPD-Abgeordnete **Evelyne Gebhardt** die Forderungen im Bericht.

**Straßburg, 10.09.2013** Weitere Informationen:  
Büro Evelyne Gebhardt, Büro Petra Kammerevert  
und Jan Rößmann, (Pressesprecher)

### Evelyne Gebhardt:

## „Konservative und Liberale torpedieren Sozialrechte“

### Sozialdemokraten kritisieren unzureichende Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in den Mitgliedstaaten

Deutliche Kritik üben die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament am Bericht zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, den das Europäische Parlament am Mittwoch in Straßburg verabschiedet hat. „Dieser Text ist geprägt von einer marktgläubigen Handschrift und lässt die soziale Dimension, wie Arbeitnehmerrechte und gute Arbeitsbedingungen bei der Erbringung von Dienstleistungen, völlig außer Acht. Für uns Sozialdemokraten war

es unmöglich, einem solchen Text zuzustimmen“, begründet die SPD-Europaabgeordnete und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion für Binnenmarkt- und Verbraucherfragen **Evelyne Gebhardt** die Ablehnung seitens der Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten unterstützen zwar die EU-Kommission in ihrem Vorhaben, die Mitgliedstaaten in die Pflicht zu nehmen, die Dienstleistungsrichtlinie richtig und zügig umzusetzen. Allerdings lässt der Bericht die gesamtwirtschaftliche Situation in den Mitgliedstaaten unberücksichtigt. „Wieder einmal blenden Konservative und Liberale aus, dass die Menschen von der Vollendung des gemeinsamen Marktes für Dienstleistungen nur profitieren werden, wenn das mit der Stärkung sozialer Rechte einhergeht“, so **Evelyne Gebhardt** weiter.

Die Binnenmarktexpertin und Berichterstatterin für die Dienstleistungsrichtlinie **Evelyne Gebhardt** übt auch Kritik an den Mitgliedstaaten für deren mangelnde Bereitschaft, die Dienstleistungsrichtlinie vollumfänglich unter Achtung sozial- und arbeitsrechtlicher Bestimmungen umzusetzen. Insbesondere in der momentan schwierigen wirtschaftlichen Situation der EU müsse die Gewährleistung sozialer Rechte im Vordergrund stehen, so **Evelyne Gebhardt**: „Die Wirtschaftskrise zeigt doch deutlich, dass reiner Wirtschaftsliberalismus Unsinn ist. Wir sollten endlich die richtigen Schlussfolgerungen ziehen und die soziale Dimension der Wirtschaft in den Vordergrund stellen.“

### Hintergrund:

Ziel der 2006 verabschiedeten Dienstleistungsrichtlinie ist es, die administrativen und rechtlichen Hindernisse für den Handel im Dienstleistungssektor zu beseitigen. In der Entschließung über die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie fordert das Europäische Parlament die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den teils immer noch vorherrschenden großen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen bei der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung zu verringern und gegen ungerechtfertigte diskriminierende Verhaltensweisen aufgrund des Wohnsitzes oder der Staatsangehörigkeit vorzugehen.

**Straßburg, 11.09.2013** Für weitere Informationen:  
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP  
und Algara Stenzel (Pressesprecherin)

**Peter SIMON:**

## **"Keine europäische Bankenaufsicht ohne demokratische Kontrolle"**

### **Europaabgeordnete setzen Rechenschaftspflichten und Untersuchungsrechte durch**

Die erste Säule der zukünftigen europäischen Bankenunion steht. Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) am Dienstagabend den Forderungen des Europäischen Parlaments nach mehr demokratischer Kontrolle und Transparenz endlich nachgekommen ist, steht der Zustimmung der EU-Abgeordneten zur europäischen Bankenaufsicht am Donnerstag im Plenum nichts mehr im Wege.

„Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene kann nur Hand in Hand mit der Sicherstellung demokratischer Kontrolle einhergehen. Die Beschlüsse der Bankenaufsicht können weitreichende Auswirkungen auf Volkswirtschaften, Finanzmarktstabilität und die Steuerzahler haben. Entscheidungen von dieser Dimension dürfen deshalb nicht in einem demokratiefreien Raum getätigt werden“, unterstreicht der SPD-Europaabgeordnete und Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses **Peter SIMON**.

Eine sogenannte interinstitutionelle Vereinbarung zwischen EU-Parlament und EZB hält fest, wie genau die demokratische Kontrolle erfolgen soll. Hier werden die Modalitäten für die Aufsichtsberichte, schriftlichen Anfragen der Parlamentarier oder deren Rechte zur Einbestellung und Befragung der Aufseher vor dem Europaparlament geregelt. "Die Herzstücke des demokratischen Kontrollmechanismus sind der Zugang der Europaabgeordneten zu den Sitzungsprotokollen der EZB-Aufsichtsentscheidungen sowie das Vetorecht bei der Besetzung des Aufsichtsvorsitzenden und dessen Stellvertreter. Erstmals in seiner Geschichte kann das Europäische Parlament nun bei der Vergabe wichtiger Posten mitentscheiden", erläutert **Peter SIMON**. "Genau um diese Details wurde in den Verhandlungen bis zum Schluss gerungen. Die Schaffung einer neuen europäischen Aufsichtsbehörde mit einem immanenten Demokratiedefizit war mit uns nicht zu machen", so **Peter SIMON** weiter.

Mit der abschließenden Zustimmung des Europäischen Parlaments zur Bankenaufsicht steht

der präventive Arm der zukünftigen europäischen Bankenunion. Ebenso wichtig sind auch die anderen beiden Säulen: ein Abwicklungsmechanismus für Banken in Notlage und europaweit stabile Sicherungssysteme für Sparguthaben. "Die beiden anderen Säulen sorgen dafür, dass im Krisenfall nicht wieder der Steuerzahler in die Bresche springen muss, sondern die Banken selbst. Dafür müssen die Sicherungsfonds jedoch mit ausreichend Mitteln durch die Banken ausgestattet werden. Das darf jetzt nicht weiterhin an der 'Bankenliebe' der Mitgliedstaaten, allen voran der Bundesregierung, scheitern“, fordert **Peter SIMON**, der Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments für die Einlagensicherungssysteme.

Straßburg, 11.09.2013 Für weitere Informationen:  
Büro Peter Simon, MdEP

### **Evelyne Gebhardt:**

## **„EU-Bürger werden für Rechtsexperiment benutzt“**

### **Rechtsausschuss votiert trotz Kritik von Verbraucherschützern für optionales Europäisches Kaufrecht**

Die Diskussion um die Einführung eines Europäischen Verkaufsrechts spaltet das Europäische Parlament. Im Juli erst hatte sich der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz mehrheitlich deutlich gegen ein optionales Instrument positioniert und mit einem Alternativvorschlag die konsequente Fortentwicklung des bestehenden europäischen Verbraucherschutzrechts gefordert. Der Rechtsausschuss hat sich heute in Brüssel allerdings für ein optionales Europäisches Verkaufsrecht ausgesprochen, das parallel zu nationalem Vertragsrecht bestehen soll.

„Das Ergebnis war keine Überraschung. Dass der Rechtsausschuss, der größtenteils aus Juristen besteht, Gefallen an einem neuartigen Rechtsinstrument findet und deshalb die Optionalität befürwortet, war absehbar. Die Zeche wird nun aber der Verbraucher bezahlen, auf dessen Rücken dieses Experiment ausgetragen werden soll“, kritisierte die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, **Evelyne Gebhardt** den Ausgang der Abstimmungen.

Die SPD-Politikerin **Evelyne Gebhardt** übt auch Kritik am Vorgehen des Rechtsausschuss-



ses, der direkt in Verhandlungen mit dem Ministerrat einsteigen werde und somit eine breitere öffentliche Debatte im Plenum nicht zulasse. „25 Abgeordnete des Rechtsausschusses sollen trotz der absolut konträren Einschätzung des assoziierten Verbraucherschutzausschusses und ohne die Einbeziehung der Gesamtheit des Europäischen Parlaments über die Zukunft des Europäischen Vertragsrechts entscheiden dürfen? Dieses Hinwegsetzen über demokratische Spielregeln und somit über das Wohl der Bürger und Bürgerinnen ist nicht akzeptabel“, empörte sich die SPD-Abgeordnete **Evelyne Gebhardt**.

Erklärtes Ziel des Kommissionsvorschlags über eine Verordnung zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht ist es, grenzüberschreitendes Einkaufen einfacher zu machen. Stattdessen ist sich **Evelyne Gebhardt** sicher: „Die optionale Anwendung des geplanten europäischen Kaufrechts bei grenzüberschreitenden Verträgen durch den Verkäufer stiftet nur Verwirrung und Rechtsunsicherheit für die Verbraucher. Am Ende ist überhaupt nicht mehr klar, welches Recht gilt und zu welchen Bedingungen ein Kaufvertrag geschlossen wird. Hier dürfen keine Experimente zu Lasten der Bürger gemacht werden.“

#### **Hintergrund:**

Mit der von der Europäischen Kommission am 11. Oktober 2011 vorgeschlagenen Verordnung für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht soll grenzüberschreitendes Handeln gefördert werden. Dieses Recht soll als eigenständiges Regelwerk als zweite Vertragsregelung neben dem innerstaatlichen Vertragsrecht der Mitgliedstaaten stehen und optional angewandt werden können. Die Alternative von Evelyne Gebhardt, die am 9. Juli 2013 im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz mit 23 Stimmen mehrheitlich angenommen wurde, sieht eine Fortsetzung der Verbraucherrechtlinie auf der Grundlage der Mindestharmonisierung vor.

Brüssel, den 17.9.2013

Weitere Informationen:  
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

#### **Peter SIMON:**

### **"Blockade der Bundesregierung bei Bankenunion geht auf Kosten der Steuerzahler"**

**Wirtschaftsausschuss im Europäischen Parlament debattiert einheitliche Ban-**

### **kenabwicklungsbehörde und Abwicklungsfonds.**

Scharfe Kritik an der bisherigen Blockadehaltung der schwarz-gelben Bundesregierung gab es während der ersten Aussprache über einen gemeinsamen europäischen Abwicklungsmechanismus am Dienstag im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments.

Sei es die rechtliche Grundlage der Abwicklungsbehörde, die Ausgestaltung des Abwicklungsfonds oder der damit verbundene Vorschlag des deutschen EZBDirektoriumsmitglieds Jörg Asmussen, vorübergehend den Europäischen Stabilitätsmechanismus zur Krisenbewältigung bei Banken einzusetzen solange der Abwicklungsfonds noch nicht ausreichend durch die Banken gefüllt ist – all dem hat der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble bisher lediglich eine Absage erteilt, ohne wirkliche Alternativen vorzulegen, kritisiert der SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**: "Durch die destruktive Blockadehaltung der deutschen Bundesregierung sind wir noch keinen Schritt weiter gekommen. Wer zu allem nur 'Nein' sagt, der sagt auch 'Nein' zur zeitnahen Vollendung der Bankenunion. Diese Verschleppungstaktik geht letztendlich auf Kosten der Steuerzahler. Schließlich sollen die neuen Bankenfonds die öffentlichen Kassen entlasten."

Während des informellen Treffens der EU-Finanzminister in Vilnius hatte Wolfgang Schäuble erneut bekräftigt, dass die Bundesregierung in den derzeitigen Europäischen Verträgen keine ausreichende Rechtsgrundlage für eine Bankenabwicklungsbehörde sehe, die bei der EU-Kommission angesiedelt ist. "Mit dieser Einschätzung ist die Bundesregierung in Europa ziemlich isoliert. Die Europäische Zentralbank, der Juristische Dienst des Ministerrates sowie 25 von 28 EU-Mitgliedstaaten bekräftigen, dass die gewählte rechtliche Grundlage zweifelsfrei ausreicht. Die Bundesregierung muss daher endlich aufhören, sich hinter diesem Vorwand zu verstecken und ihn dafür zu missbrauchen, die Bankenunion auf die lange Bank zu schieben", unterstreicht **Peter SIMON**.

"Wolfgang Schäuble muss klar Stellung beziehen. Will er den Teufelskreis zwischen Bankenkrise und Staatshaushalten endlich durchbrechen? Oder misst er künftigen Bankenrettungen ohne Heranziehen der Steuerzahler kei-

ne Priorität mehr bei? Dann soll er das aber auch offen sagen und aufhören, den Menschen in Deutschland und Europa Sand in die Augen zu streuen", fordert **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 17.09.2013

Weitere Informationen:  
Büro Peter Simon, MdEP

## Eine Studienreise nach Belgien

Mitte August nach Belgien fahren? Warum nicht. Mit dem komfortablen Omnibus eines Ostallgäuer Reiseunternehmens (mit Bordrestaurant) geht es auf der Autobahn über Stuttgart und Heilbronn nach Mannheim und Ludwigshafen, ja und dann durch Rheinland-Pfalz, durch Hunsrück und Eifel Richtung Aachen und dann: wir passieren die Staatsgrenze und den südlichen Streifen der Niederlande mit der Stadt Maastricht, wo einstmals ja die Europäische Währungsunion beschlossen wurde, 1992.

Und dann ist es soweit. Wir sind in Belgien. Auf der Autobahn: die großen Lichtmasten, die sehr viel Strom verbrauchen. 350 000 Lampen auf 150 000 Masten: sie sind mittlerweile abgeschaltet worden. Die Reisegruppe muss auf einen Besuch der kleinen deutschen Provinz in Belgien verzichten, die Deutschland nach dem 1. Weltkrieg an Belgien abtreten musste: **Eupen-Malmedy**. Der Sozialdemokrat Karl-Heinz Lambertz ist der derzeitige Ministerpräsident. Er ist amtierender Vorsitzender der Euregio Maas-Rhein und Präsident der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG). Die Deutsche Gemeinschaft zählt rund 70 000 Einwohner, hat einen eigenen Ministerpräsidenten und einen Landtag mit 25 Abgeordneten! Eupen-Malmedy kann zudem eine eigene Hochschule und einen eigenen Radio- und Fernsehsender vorweisen!

Belgien ist etwa so groß wie Baden-Württemberg, in der Fläche ebenso wie bei der Einwohnerzahl. Das Land ist im Zuge des Wiener Kongresses 1830 durch eine Abspaltung von den Niederlanden gebildet worden. Allerdings hat Frankreich während der Französischen Revolution 1789 bereits ein Territorium geschaffen: „**États belgique unis**“. Und Gaius Julius Caesar hat vor 2 000 Jahren eine Provinz „Belgica“ etabliert. Was fällt dem Betrachter landschaftlich besonders auf, wenn man von Aachen ziemlich schnurstracks gerade an die Nordseeküste bei Ostende fährt? Viel Landwirtschaft, viel Flachsanzbau, womit wert-

volle Leinenstoffe erzeugt werden. Vielerorts wird in Belgien „geklöppelt“. Man denke an die „Brüsseler Spitzen“. Hundert tausend Tonnen Flachs werden in Belgien jährlich geerntet. Ansonsten ist der Dienstleistungssektor (mit dem Tourismus) eindeutig die wichtigste Säule der Wirtschaft in diesem Land. Ab 2015 sollen **die 7 belgischen Atomkraftwerke** nach und nach abgeschaltet werden. Im Jahr 2008 ist eine Autobahn-Maut in Höhe von 60 Euro jährlich beschlossen worden, aber eingeführt ist sie bis heute nicht. In Belgien soll es über **500 Brauereien** und über **tausend Biersorten** geben. Für seine Bierqualität, besonders beim „Trappistenbier“, ist Belgien europaweit bekannt. Ebenso für seine leckeren Waffeln und Pralinen.



Am fahnenumwehten EU-Parlament in Brüssel  
Bild (copyright):Bernhard

Warum schmähte Reiseleiter Guido sein Heimatland als „**Absurdistan**“? Na ja, nach der letzten Parlamentswahl im Juni 2010 brauchte man fast zwei Jahre lang, um eine neue Regierung zu bilden, was **König Albert II.** als Vermittler dann doch noch gelungen ist, nach 540 Tagen (Weltrekord). So groß sind die Spannungen zwischen den Regionen und Landesteilen in Belgien, bis hinein in die politischen Parteien. Ähnlich wie in Italien weigert sich das nördliche Flandern, wirtschaftlich recht erfolgreich, den Lastenausgleich mit dem südlichen Wallonien zu schultern. In Flandern herrschen parteipolitisch eher die Konservativen und Liberalen, die Sozialisten sind eine kleine Minderheit. Im französischsprachigen Wallonien hingegen haben seit langem die Sozialisten das Sagen. Immerhin ist jetzt der neue belgische Regierungschef, Elio Di Rupo, ein Wallone von der Sozialistischen Partei. Die Flamen werfen den Wallonen vor, jahrzehntelang die Wertschöpfung in ihrem Landesteil verschlafen zu haben. Von rund 11 Millionen Einwohnern gehören über eine Million der islamischen Religion an, darunter besonders viele Migrantinnen aus Marokko und Algerien, gefolgt

von der Türkei. **Interessant:** Im Reisebus ist es auf belgischen Straßen verboten, die Sitze Richtung Mittelgang zu verstellen! Aus Sicherheitsgründen.

Während der mehrtägigen Bildungsreise führte der Reiseleiter die Gruppe aus der Bodenseeregion noch in die Städte **Brügge** (mit einer eindrucksvollen Grachtenfahrt) und **Gent**. Im Zentrum der Besichtigungen aber steht die Metropole Belgiens, die Region Brüssel mit 19 Teilgemeinden, darunter die offizielle Stadt Brüssel (170 000 Einwohner). Jede der 19 Teilgemeinden hat einen eigenen Bürgermeister und ein eigenes Gemeindeparlament, also vergleichbar mit dem Regionalverband Stuttgart. So viel Steuergelder für die Kommunalverwaltung, aber kein Geld für die Abwasserklärung! Insgesamt hat die **Region Brüssel etwa 1,5 Millionen Einwohner**.

Der erste Eindruck von der Agglomeration Brüssel: besonders nervig sind die Sirenen der Rettungsfahrzeuge, die genauso laut sind wie die Polizeiwagen mit Blaulicht in den USA! Was noch? Die vielen Stationen mit den gelben Leihfahrrädern der Firma Villo, die man mit einer Plastik-Karte für eine Strecke im Stadtgebiet nutzen kann. Noch eine Wahrnehmung: Unübersehbar ist der krasse Unterschied zwischen den Wohngebieten der ärmeren Stadtbewohner, meist mit Migrationshintergrund, und den besser gestellten Quartieren. Der Reiseleiter gibt uns den Hinweis: Manche Stationen der **Metro** (U- Bahn) und bestimmte Stadtbezirke sind vor allem in den Abend- und Nachtstunden zu meiden. Was Brüssel bis jetzt nicht geschafft hat: die unbefriedigende Klärung der Abwässer in Ordnung zu bringen.

Kläranlagen sind in der belgischen Hauptstadt unbekannt!

Das Flüsschen Senne, eigentlich nur 100 Kilometer lang bis zur Mündung in die Schelde, ist nach der Durchquerung von Brüssel eine übel riechende Wasserleiche, eine tote Kloake. Skandal!

In der City stechen zwei positive Sehenswürdigkeiten hervor: Die Grande Place beim Rathaus (mit viel Blumenschmuck), gleich daneben das Lokal mit der Gans, wo einst Marx und Engels ihr **Kommunistisches Manifest** geschrieben haben. Und natürlich das berühmte **Atomium** von der historischen Weltausstellung und den 9 großen Kugeln, je 18 Meter

Durchmesser, insgesamt 102 Meter hoch, die 165-millionenfache Vergrößerung eines Eisenmoleküls. Warum neun Kugeln? Sie repräsentieren die 9 Provinzen in der südlichen Niederlande, die 1830 zum neuen Königreich Belgien umgewandelt worden sind. Heute gibt es 5 flämische und 5 wallonische Provinzen sowie die Region Brüssel. In Belgien ist eine „Polizeistunde“ wie in Deutschland unbekannt.

Übrigens: **Das Brandenburger Tor mit der Quadriga** gibt es auch in Brüssel! Und zwar fast genau so groß wie in Berlin, in der Brüsseler Oberstadt. Da gibt es auch die beiden großen Königspaläste, den Justizpalast und natürlich die Institutionen der EU im Europäischen Viertel der Stadt Brüssel zu besichtigen. Diese standen indes nur beiläufig im Reiseprogramm. Bei der Stadtrundfahrt ging es zur großen **Place Schumann**, unübersehbar das große Amtsgebäude der EU-Kommission mit seinen 4 Seitenarmen. Über 40 000 Personen arbeiten in Brüssel für Europa“, bei insgesamt über 500 Millionen EU-Europäern eine noch zurückhaltende Quote im Vergleich zu dem Beamtenstab in so manch einer deutschen Großstadt und ihrer jeweiligen Einwohnerzahl.



**Martin Schulz, wann kommst du mal die Vierländerregion am Bodensee besuchen?**

**Bild: © W. Bernhard**

Zu Fuß erkundete man noch das überdimensionierte Portal des **EU-Parlaments**, wo auch schon die Fahne des 28. EU-Mitgliedstaates Kroatien weht. Warum überdimensioniert? Eigentlich ist Brüssel nur eine Filiale des Hauptsitzes in Straßburg. Unweit des EU-Parlaments befindet sich ein ebenfalls überdimensioniertes Gebäude, eher schon ein Palast, in dem die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU untergebracht ist. Ja, wer's nötig hat!?! Da sieht die Vertretung von Baden-Württemberg (mit den EnBW-, Bosch- und Würth-Konzernen im gleichen Bürohaus) recht provinziell aus. Es liegt an der **Rue Belliard**, einer fünfspurigen Autostrasse nur in eine Richtung,

zum Überqueren für Fußgänger nicht ganz ungefährlich. Viele Brüsseler Abgeordneten-Büros haben die Rue Belliard in ihrer Adresse. Belliard war ein französischer General und Departementsvorsteher während der Besetzung Belgiens im Zuge der Revolutionskriege (in der französischen Revolution nach 1792). An dieser Straße liegen die Botschaften von Bosnien-Herzegowina und Litauen, das Goethe-Institut und das Lobby-Büro von Greenpeace. Hier ist auch einmal die Tour de France durchgefahren, im Rahmen einer Etappe von Brüssel nach Spa in den Ardennen, wo immer das belgische Formel-1-Rennen ausgetragen wird. Michael Schumacher ist ein Ehrenbürger von Spa.

Die Botschaften der USA und der russischen Föderation in Brüssel? Ja natürlich, und wie! Schon wieder überdimensioniert (über 150 m lang!) und mit weiblichem und/oder farbigem Wachpersonal (Soldaten) an den 5 Eingängen hinter einem langen Schutzzaun besonders bewacht: die US-Botschaft. Auffällig auch die vielen Beobachtungskameras vor der US-Botschaft. Und die russische Botschaft gleich daneben? Viel kleiner, keine Überwachungskameras.

Brüssel ist als Reiseziel für die Flamen übrigens völlig out. Man fährt da nur dann hin, wenn es sich aus bürokratischen Gründen nicht mehr länger aufschieben lässt. Für die Flamen sind Britannien und das benachbarte Deutschland weitaus spannendere Reiseziele als der südliche Landesteil Wallonien oder die Kapitale in Brüssel.

Die Schüler in Flandern müssen zwar schon ab der 4. Klasse obligatorisch Französisch lernen. Sie tun es aber wohl nicht sehr konzentriert. Jedenfalls trägt dieses Fach am Ende des Schuljahres häufig zur Versetzungsgefährdung bei, nicht etwa Mathematik. Umgekehrt ist Niederländisch im französischsprachigen Wallonien kein Pflichtfach, höchstens eine lausig wenig nachgefragte Schul-AG.

In Belgien ist die sechsjährige **Primarschule** Vorschrift wie in der Schweiz. Die weiterführende **Sekundarschule** währt ebenfalls 6 Jahre, die in den oberen Klassen zahlreiche Wahlmöglichkeiten in berufliche Richtungen oder zur Hochschulreife enthält. In Belgien gibt es zwei Schulsysteme, ein katholisches und ein nichtkonfessionelles, in kommunaler oder staatlicher Trägerschaft. Welches bevorzugen

die gut bürgerlichen Familien für ihre Heranwachsenden? Natürlich das katholische Schulnetz. Da ist eine Schuluniform vorgeschrieben. Der Unterricht ist streng und es gibt viele Tests und Klassenarbeiten im Schuljahr. Und: Wenn man die Abschlussprüfungen erfolgreich absolviert hat, locken gute berufliche Perspektiven und Karrierestufen. Über 50 Prozent der belgischen Schüler/innen besuchen katholische Sekundarschulen. Seit 1914 hat Belgien eine obligatorische Ganztagesesschule, die damals als Abwehrmaßnahme gegen die in Belgien weit verbreitete Kinderarbeit in Kohleminen und Textilfabriken eingeführt wurde. Belgische Frauen behalten bei der Heirat ihren Mädchen-Namen, nur die Kinder bekommen den Namen ihres Vaters.

Über 70 Prozent der Belgier wohnen übrigens im eigenen Einfamilienhaus, in Flandern gar über 80 Prozent, in Brüssel sind es nur annähernd 30 Prozent, was man gut verstehen kann. Nur 22 Prozent aller Belgier wohnen in einer Mietwohnung. Kann Baden-Württemberg da mithalten? Bis 1995 hat es in Belgien noch keine Bebauungspläne gegeben.

Dem Vernehmen nach ist es so, dass die meisten EU-Abgeordneten und EU-Beamten sich lediglich im so genannten Europäischen Viertel der Stadt Brüssel auskennen, aber sonst noch nicht viel Schritte in die sehenswerte City der belgischen Metropole mit ihren attraktiven und leider bisweilen auch weniger attraktiven Ecken und Plätzen auf sich genommen haben. Zum Teil geben dies EU-Parlamentarier auf ihren Internetseiten auch freimütig zu. So sind sie halt, die Politiker.

Den Holocaust im 2. Weltkrieg haben übrigens 31 000 jüdische Mitbürger/innen in Belgien überlebt, von insgesamt 56 000 ab 1942. Veröffentlichungen des Deutschen Zentralrats der Juden berichten von einem außerordentlich großen Widerstand gegen die deutsche Besatzung im 2. Weltkrieg, der sich auch darin manifestierte, dass in Kellern und Dachböden jüdische Verfolgte, nicht zuletzt Kinder, versteckt worden sind. Oder man hat die Kinder gleich in die Familie aufgenommen und adoptiert. Ein Überlebender war der spätere Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Paul Spiegel** (ab 1999). Seine Eltern waren aus Warendorf/Westfalen nach Brüssel geflüchtet, und Paul Spiegel ist dann bis zum Kriegsende von einer Bauernfamilie in der Wallonie versteckt worden. Belgien ist von den Westalliierten



zweimal befreit worden, zuerst nach der Landung in der Normandie (6. Juni 1944), als Brüssel am 3. September von den Alliierten rückerobert werden konnte. Im darauf folgenden Winter kam es dann zu der letzten Offensive der Wehrmacht in den Ardennen, zwischen Malmedy und Bastogne. **Die Ardennenschlacht** kostete 150 000 Tote, Vermisste und Verwundete auf beiden Seiten der Front.

27.09.2013

W. Bernhard

## SPD - Kreisverband Bodenseekreis



### Besuch der Friedrichshafener Moschee

Am Abend des 18.9. besuchten 16 Genossinnen und Genossen aus Immenstaad, Markdorf, Meersburg, Überlingen und Uhlhingen-Mühlhofen die Häfler Moschee in der Teuringer Straße. Diesen Besuch hatte unser Genosse Ramazan Bilir aus Markdorf organisiert, der sehr herzlich als Gemeindemitglied der Mehmet-Akif-Camil-Moschee von unserer Gastgeberin Emel Çoban begrüßt wurde.

Bevor sie uns in die Moschee führte, wurden wir gebeten, unsere Schuhe auszuziehen. Der Gebetsaal liegt im ersten Stock und bietet Platz für gut 500 Menschen. Er ist prächtig mit bunten Kacheln und kalligraphisch gestalteten Suren aus dem Koran geschmückt. Über dem Ostteil wölbt sich eine Kuppel durch deren Seitenfenster die Moschee zusätzlich erhellt wird. In der Mitte der Ostwand finden sich, natürlich nach Mekka ausgerichtet, die Gebetsnische, rechts von ihr die Kanzel für die Freitagspredigt und links der Lehrstuhl. Im Prinzip sind alle Moscheen weltweit so eingerichtet, es gibt aber in Deutschland einen kleinen Unterschied zu den Moscheen in der muslimischen Welt. Hier befindet sich in der Mitte ein Podest, das an eine erhöhte, ca. 8 Quadratmeter große Krabbelkiste erinnert. Von dort ruft der Imam fünfmal am Tag zum Gebet, anstatt vom Minarett, da dies in Deutschland zurzeit nicht gestattet ist.

Der anwesende stellvertretende Imam Mustafa Ak war so freundlich für seine Gäste auf Arabisch zum Gebet zu rufen, eher ein Gesang, dessen Worte lauten:

„Allah ist der Allergrößte (4 mal)

Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt (2 mal)

Ich bezeuge, dass Muhammad der Gesandte Allahs ist (2 mal)

Kommt her zum Gebet (2 mal)

Kommt her zum Heil (2 mal)

Allah ist der Allergrößte (2 mal)

Es gibt keinen Gott außer Allah.“



Foto: Moscheeverein FN

Arabisch ist im Islam überall die theologische Sprache. Die nicht arabisch sprechenden Gläubigen kennen die wesentlichen Sprüche und Gebete auswendig. Ähnlich war das mit Latein in der katholischen Kirche bis zum 2. Vatikanischen Konzil.

Emel Çoban bestätigte, dass in der Mehmet-Akif-Camil-Moschee Frauen und Männer getrennt beten würden, und zwar die Männer vorne und die Frauen hinten. Sie betonte, dass es Moscheen gäbe, wo man das genau umgekehrt handhabe. Sie begründete die Trennung damit, dass so die Konzentration im Gebet zu Gott erhöhen würde. Kinder seien erlaubt in der Moschee. Sie würden ab der Pubertät von ihren Eltern einen ersten Unterricht im Islam erfahren, der später in der Koranschule vertieft würde. Die Frage, ob Frauen, die ihre Tage haben, in der Moschee zugelassen seien, wurde so beantwortet, dass es Frauen in diesem Zustand freigestellt sei, ob sie an den religiösen Riten, wie Gebet in der Moschee oder Ramadan teilhaben. Wenn sie teilnehmen, würden ihnen aber alle rituellen Bewegungen wie das Knien und die Berührung des Bodens mit dem Kopf wegen der damit verbundenen Anstrengung erspart bleiben.

Die Moschee ist mehr als das Gebäude zur Verehrung Gottes. Es gibt einen Raum, in dem

sich jeder Muslim zu reinigen hat, bevor er im Betsaal zu seinem Gott betet. Außerdem gehören zur Moschee weitere Räume, in denen sich die Gemeindemitglieder und deren Gäste zu allen möglichen Gelegenheiten treffen können. Wir trafen in einem solchen Raum im Erdgeschoss Selin Çoban, die Tochter von Frau Çoban. Selin informierte uns über die Aktivitäten der DITIB, der türkisch-islamischen Union der Anstalt für Religion, einer Institution zur religiösen und sozialen Betreuung von Muslimen, zumeist Türken in Deutschland. Zur DITIB gehört auch ein Jugendverband, der einerseits für muslimische Jugendliche religiöse Traditionen, wie Fastenbrechen während dem Ramadan fördert und aufrecht erhält, andererseits diese Jugendlichen unterstützt, sich in unserer Gesellschaft zu integrieren, nach dem Motto „raus aus der Hinterhofmoschee“. Das langfristige Ziel der DITIB sei, für den Islam einen ähnlichen Status wie die christlichen Kirchen zu erreichen. Dazu gehöre u. a., eine Körperschaft des öffentlichen Rechts zu werden, ein Islamstudium für Imame in deutschen Universitäten, was inzwischen angelaufen ist, die auf Deutsch Islamunterricht erteilen können.

Nach gut zwei Stunden Informationen durch die türkischen Gastgeber und Gesprächen und Fragen von uns, bedankte sich Uwe Achilles, der stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Bodensee für einen Abend, der sehr zum Verständnis einerseits des Islam und andererseits der bestehenden Defizite für Muslime in Deutschland - siehe das oben erwähnte Verbot, den Gebetsruf vom Minarett ertönen zu lassen - beigetragen hat.

21.09.2013

Dietram Hoffmann

## **SPD Bodenseekreis schließt Große Koalition nicht aus – die Inhalte entscheiden**

### **Kreis-SPD begrüßt die Einbindung der Mitglieder bei der Entscheidung über eine Regierungsbeteiligung der SPD**

In ihrer ersten Sitzung nach der Bundestagswahl begrüßten die Teilnehmer des Kreisvorstandes der SPD Bodenseekreis die deutliche Einbindung der SPD-Basis bei der Frage einer künftigen Regierungsbeteiligung der SPD.

Angesichts der großen inhaltlichen Unterscheidungen zwischen CDU und SPD zeigte sich der Kreisvorstand skeptisch, ob eine Einigung

in wichtigen und zentralen Fragen möglich sein wird.

Sowohl diese inhaltlichen Differenzen, als auch die negativen Erfahrungen der letzten großen Koalition bis 2009 sind für den Kreisvorstand Anlass zur Sorge. Die Einbindung der Basis über einen Mitgliederentscheid stellt daher eine zentrale Möglichkeit dar, die Zerreißprobe für die Sozialdemokraten nach der Wahl zu meistern.

Eine mögliche Große Koalition wurde aber auch nicht kategorisch ausgeschlossen. Der Kreisvorstand machte aber deutlich, dass die Umsetzung zentraler Forderungen, für die die SPD ihre Stimmen erhalten hat, in einem möglichen Koalitionsvertrag Eingang finden muss. Andernfalls ist eine große Koalition weder der Partei, noch den Wählern gegenüber vertretbar.

Der Entscheidungs-Weg über den Parteikonvent, der nach Sondierungsgesprächen darüber befindet, ob Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden, sowie die angestrebte Beteiligung der Mitglieder über einen Mitgliederentscheid, befürwortete der Kreisvorstand einmütig.

02.10.2013

Dieter Stauber, Kreisvorsitzender

## **Termine im Bodenseekreis**

### **KV Bodensee:**

#### **Kreisvorstandssitzung**

Do. 24.10. in Kressbronn

#### **OV Bermatingen:**

#### **politisches Wurstsalatessen**

Freitag, 11.10.2013

18:00 Uhr - 21:00 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

Beim gemütlichen Wurstsalatessen darf um kommunalpolitischen Themen diskutiert werden. Wir freuen uns auf ihren Besuch....

#### **Ortsvereinsitzung**

Montag, 04.11.2013

19:30 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

#### **OV Kluftern:**

25.10.2013, 19:00 Uhr - 22:00 Uhr



Öffentliche Mitgliederversammlung SPD  
Kluftern  
Wir laden ein zur Mitgliederversammlung des  
SPD Ortsvereins. Gäste sind wie immer will-  
kommen. Nach der Wahl ist vor ...

### **OV Markdorf:**

#### **Vorstandssitzung**

Ort: Gasthaus 'Krone' in Markdorf  
Tag: Donnerstag, den 10. Oktober 2013  
um 20:00 Uhr.

Die kommende Kommunalwahl am 25. Mai  
steht vor der Tür. Kandidatenvorschläge zur  
Stadtratswahl und aktuelle Themen in der Stadt  
Markdorf stehen auf der Tagesordnung. Wir  
freuen uns auf einen informativen und vor-  
schlagsreichen Abend und hoffen auch auf eine  
rege Beteiligung.

### **OV Meersburg:**

#### **Stammtisch:**

Donnerstag, 10.10. 2013  
20:00 Uhr  
Im Truben  
Steigstraße

#### **Vorstandssitzung**

Donnerstag, 24.10.2013  
20:00 Uhr  
Gutsschänke  
Meersburg

## **Landesparteitag 2013 der SPD Baden-Württemberg**

Freitag, 18.10.2013  
17:00 Uhr - Samstag, 19.10.2013  
20:00 Uhr  
Ort: Reutlingen

Alle Infos zum Landesparteitag hier:  
[url.spd-bw.de/lpt2013](http://url.spd-bw.de/lpt2013)

Anmeldung für Gäste: [bawue@spd.de](mailto:bawue@spd.de)

### **AK-Europa der SPD Bodensee**

#### **Treffen**

Freitag, 25.10. 2013  
19:00 Uhr

Ort: Cafe Heimat in Uhldingen-Mühlhofen,  
Daisendorferstraße 4. (Direkt neben dem  
Gasthof Sternen im Gebäude der Alten Fabrik,  
EG.)

#### **Tagesordnung:**

1. Berichte
2. Freie Diskussion über weiteres Vorgehen.
3. Ergebnisfindung.

### **SBI:**

#### **Herbsttagung**

Samstag, 12.10.2013  
10:00 -16:00 Uhr

#### **Wege zur Energiewende**

#### **s. Einladung im Anhang**

### **AK**

#### **„Christinnen, Christen und SPD“**

Zum Klausurtag unserer Regionalgruppe lädt  
Berthold Seeger herzlich ein.

**Samstag, 02. November 2013**  
**9.00 Uhr - 17.00 Uhr**  
**Ort: Kloster Reute**

#### **s. Einladung Seite 29**

## **SPD-Publikationen in der Region ...**

- Roter Turm [www.spd-ravensburg.de](http://www.spd-ravensburg.de)
- Bibervision [www.spd-biberach.de](http://www.spd-biberach.de)
- Der Rote Seehas:

[http://www.spd-  
bodenseekreis.de/index.php?mod=content  
&menu=400&page\\_id=16706](http://www.spd-bodenseekreis.de/index.php?mod=content&menu=400&page_id=16706)

oder über:

[www.sozialistische-bodensee-  
internationale.eu/](http://www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/)  
[http://www.sozialistische-bodensee-  
internationale.eu/seehas/](http://www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/seehas/)

**Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI**  
**Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften**  
[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



**Prix Wasserfrau 2013 für  
Lila Distel in Singen**

Ein kleiner, unscheinbarer Laden in der Stadt Singen am Hohentwiel, in der Alemannenstraße 31. Hier hat die aktive Frauengruppe mit dem Namen „Lila Distel“ ihr Domizil. Die Sozialistische Bodensee-Internationale (SBI), gegründet 1902 in Bregenz, hat ihr den Prix Wasserfrau 2013 verliehen. Mit dieser Ehrung, verbunden mit der Überreichung einer Bronzefigur aus der Werkstatt der St.Galler Bildhauerin Irene Thoma und einer Fördersumme von tausend EURO, würdigen die Sozialdemokraten seit elf Jahren überwiegend ehrenamtlich organisierte Initiativen und Projekte rings um den Bodensee, die sich beispielhaft um Verbesserungen bei der Frauen-Gleichstellung vor Ort bemühen.

Erst im März dieses Jahres feierte „Lila Distel“ ihr 25jähriges Bestehen, im Beisein der Gattin des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, Gerlinde Kretschmann. Der Rote Seehas besuchte unlängst selbst die Einrichtung während des „Mütter-Cafe`s“ für die engagierten Frauen um die neue Vorsitzende Monika Fritzsche, die in dieser Zeit auch kleine Kinder betreuen. Man sieht gleich, dass dem Verein erweiterte Räumlichkeiten für neue Projekte und Spielplätze für Kinder im Freien fehlen. Lila Distel nutzt bis jetzt dazu die Freiflächen am benachbarten Hegaumuseum in Singen. Die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung ziehen sich hin, bei allem Respekt vor den finanziellen Zuschüssen aus dem städtischen Sozialamt für Lila Distel.

Die Vizepräsidenten der Bodensee-Internationale, die Vorarlberger SPÖ-Politikerin Olga Pircher und der Singener SPD-Landtagsabge-

ordnete Hans-Peter Storz drückten ihre Anerkennung aus für das jahrelange ehrenamtliche Engagement des Vereins, der dieses Jahr den Prix Wasserfrau verliehen bekommen hat. In ihren kurzen Grußworten unterstrichen die bisherige Schweizer SP-Nationalrätin (Abgeordnete) Hildegard Fässler aus Grabs im Schweizer Rheintal und der SPD-Bundestagskandidat Tobias Volz (Allensbach im Kreis Konstanz) die Notwendigkeit zu weiteren politischen Anstrengungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bei dem anderen politischen Anliegen, dass baldmöglichst „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bezahlt wird.



**Hans-Peter Storz SPD-MdL überreicht die Bronzefigur an Monika Fritzsche und Birgit Rosée von „Lila Distel“.**  
**(im Bild rechts: Hildegard Fässler, SP Schweiz, Olga Pircher, SPÖ Vorarlberg, beide von der Jury für den „Prix Wasserfrau“)**  
**Bild (copyright):Winfried Kropp/flickr**

Der SPD-Ortsverein Singen möchte, wie der Rote Seehas erfuhr, demnächst selbst eine Spendenaktion organisieren, für künftige Verleihungen des Prix Wasserfrau, von unterstützenden Initiativen für Lila Distel selbst abgesehen. Hiefür sollten auch andere Untergliederungen der Sozialdemokratischen Parteien rings um den Bodensee die sich bietenden Gelegenheiten und Anlässe verstärkt nutzen und nicht immer nur davon reden! Immerhin ist es Hans-Peter Storz gelungen, Sponsoren zu gewinnen,

die das einladende Imbiss-Büfett bei der Feierstunde im Gemeindehaus der Katholischen Kirchengemeinde Liebfrauen in der Singener Nordstadt materiell unterstützen.

In ihrer Laudatio wies die Ulmer Gewerkschafterin und Frauen-Politikerin in der baden-württembergischen SPD, Andrea Schiele, [www.frauen.ulm.de](http://www.frauen.ulm.de) stellv. Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen/AsF, auf die fünf Säulen des offenen Frauentreffs „Lila Distel“ hin. Sie begann 1987 unter dem Namen „Frauenstüble“ mit dem Austausch interessierter Frauen zu Fragen der Kinderbetreuung und -Erziehung, mit und ohne Berufstätigkeit. Ein Thema, bei dem bis heute schon ein paar Verbesserungen wie die Ganztages-Kita oder die GanztagesSchule (noch recht ausbaufähig) erreicht worden seien, auch im Hegau.

**Das zweite Standbein**, mit dem kürzlich begonnen wurde, ist die Mädchen-Selbstverteidigung. Das Selbstbewusstsein von Mädchen und jungen Frauen zu stärken bei der Abwehr von gewaltaffinen körperlichen Übergriffen, ist aktuell ein größeres Vorhaben der „Lila Distel“, die diesbezüglich mit einigen Sportvereinen und Grundschulen zusammenarbeitet. Die Gewaltprävention wird in der heutigen Gesellschaft zu einem unerlässlichen Aufgabenfeld, gerade bei Heranwachsenden. „Kick off-ich bin stark“ soll das neue Projekt heißen.

Unter dem Namen „Lila Distel“ gibt es außer in Singen auch noch ein Kabarett-Ensemble in der kurpfälzischen Stadt Mannheim und einen Frauenverein in Mönchengladbach in Nordrhein-Westfalen. **Ein weiteres Projekt von „Lila Distel“ in Singen** ist ein interkultureller Treffpunkt, um die Kontakte zu den Frauen in Familien mit Migrantenhintergrund und bei Flüchtlingen zu intensivieren. Da geht es um die Sprachförderung und um die kulturelle Integration in unserer Gesellschaft, aber auch um Rechtsberatung in den Fragen der Aufenthaltsberechtigung und des Zugangs zum Arbeitsmarkt. Ein Vorbild dafür ist sicherlich das Engagement des Konstanzer Arbeitskreises Asyl um Friederike von Wolf.

Die Lila Distel kümmert sich, wie Andrea Schiele ausführte, auch um die Rückkehr von jungen Müttern in den Beruf, meist 1 Jahr nach der Entbindung von einem Baby. Dafür soll die Infrastruktur (der organisatorische Rahmen zur Beratung) aufgebaut werden. Die Laudatorin

richtete an den anwesenden SPD-Landtagsabgeordneten Hans-Peter Storz den Appell, sich in Stuttgart für unterstützende Landesmittel einzusetzen.

Und schließlich geht es dem Verein um Hilfestellungen für betroffene körperlich und sexuell misshandelte Frauen und gegebenenfalls deren Unterbringung in anonymen Frauenhäusern, zum Schutz vor männlicher Gewalt.

Olga Pircher dankte der Kollegin für die professionell dargebotene Laudatio und die wertschätzenden Worte für die diesjährigen Preisträgerinnen. Dem hatte sich Hildegard Fässler, die Initiatorin des SBI-Projekts zur Verleihung des Prix Wasserfrau und Vorsitzende der Jury, angeschlossen. Was die SBI-Arbeit diesbezüglich erleichtern würde, wäre eine übersichtliche Synopse des Status Quo in Sachen Frauenpolitik in der Vierländerregion am Bodensee, also in Österreich, in der Schweiz, im Fürstentum Liechtenstein und in Deutschland.

W.Bernhard

## SP- Kanton St.Gallen



### SP-Grüne-Kantonsratsfraktion

## SP-Grüne-Fraktion verdächtigt die Regierung der Abstimmungspropaganda

**Hat das Finanzdepartement zu wenig Personal oder zu viele Büromöbel mit Schubladen, in denen unliebsame Geschäfte verschwinden können? Im Februar reichte Kantonsrat Wasserfallen (SVP) eine Motion unter dem Titel „Festlegung eines Lohnverhältnisses von 1 zu 20 bei der St. Galler Kantonalbank“ ein. Ein halbes Jahr später wurde die Motion noch immer nicht behandelt. Ganz im Gegensatz zu jener, welche die SVP-, die CVP-EVP und FDP-Fraktion im letzten Monat gemeinsam einreichten. Die bürgerlichen Parteien wollten detaillierte Auskünfte über die Auswirkungen der Annahme der 1:12-Initiative.**

Die SP-Grüne-Fraktion fürchtet, die St. Galler Kantonsregierung habe sich für die Abstimmungspropaganda einspannen lassen. Und wird morgen eine dringliche Interpellation mit dem

Titel „Regierungsrätliche Unzulänglichkeit beim Zeitmanagement oder Priorität Abstimmungspropaganda“ einreichen. Die SP- und Grünen-PolitikerInnen erwarten von der Regierung Antworten zu folgenden vier Fragen:

1. Fehlen dem zuständigen Departement die personellen Ressourcen, damit die Motion 42.13.05 auch nur einigermaßen zeitgerecht bearbeitet werden kann?
2. Gibt es neben der Taktik im Hinblick auf die Abstimmung zur Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» weitere Gründe für die Verzögerung der Stellungnahme der Regierung zur Motion 42.13.05?
3. Warum liess sich die Regierung mit der Ungleichbehandlung der beiden parlamentarischen Vorstösse - bewusst oder unbewusst – für die Abstimmungspropaganda einspannen?
4. Beabsichtigt die Regierung, sich zur Volksinitiative nochmals öffentlich zu äussern, um offizielle Abstimmungspropaganda zu betreiben?

### **Unterschiedliche Geschwindigkeiten**

Am 27. Februar 2013 hatte der SVP-Kantonsrat Sandro Wasserfallen unter dem Titel «Festlegung eines Lohnverhältnisses von 1 zu 20 bei der St.Galler Kantonalbank» eine Motion eingereicht. Mitunterzeichnet wurde diese von 31 Mitgliedern des Kantonsrates. Die Parteien waren wie folgt vertreten: SP 11, SVP mit 10, je 2 von Grüne, EVP, CVP, GLP und BDP. In der Regel nimmt die Regierung in der folgenden Session Stellung und der Rat diskutiert und entscheidet über Eintreten. Mehr als ein halbes Jahr und zwei Sessionen später gibt es noch kein Lebenszeichen aus dem zuständigen Finanzdepartement.

Am 8. August 2013 verlangten die SVP-, CVP- EVP- und FDP-Fraktion in einer Einfachen Anfrage detaillierte Auskünfte über die «Auswirkungen der Annahme der Volksinitiative 1:12 – Für gerechte Löhne auf den Kanton und die Gemeinden im Kanton St.Gallen». Mit Datum vom 3. September 2013 gab die Regierung auf drei Seiten eine ausführliche und meist sachliche Antwort. Verwundert stellt die SP-Grüne-Fraktion diese beiden unterschiedlichen Tempi fest.

Die Abstimmung zur Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» findet im November statt. Das Thema der gerechten und gerechtfertigten Lohnunterschiede beschäftigt breite Bevölkerungskreise. Nach der Abstimmungsniederlage der bürgerlichen Parteien bei der Abzocker -

Initiative liegen die Nerven im bürgerlichen Lager offensichtlich blank. Dementsprechend nervös agieren die politischen Vertreter der hohen und höchsten LohnnehmerInnen und die Wirtschaftsverbände. Damit stellt sich die Frage, ob sich die Regierung instrumentalisieren liess oder gar selber Abstimmungspropaganda betreibt.

St.Gallen, 16. September 2013 Weitere Auskünfte:  
o Monika Simmler, Parteipräsidentin  
o Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär

## **SP-Grüne-Fraktion verfolgt die Energiewende**

**Die SP zieht ihre Initiative „Energiewende – St. Gallen kann es“ nicht zurück. Während der am Mittwochabend zu Ende gegangenen Septembersession hat der Kantonsrat einem ernsthaften energiepolitischen Umdenken eine klare Absage erteilt hat. Die SPGrüne-Fraktion ist über diesen und andere Entschiede während der letzten drei Tage enttäuscht. Alleine stand die Ratslinke etwa in der Frage der Auslagerung der Spitalbauten und bei den Strassenverkehrsvorlagen.**

„St. Gallen kann es“, lautete einst der Standortfördererslogan des wichtigsten Ostschweizer Kantons. Die am Mittwoch zu Ende gegangene Septembersession zeigte indessen eines: Die bürgerlich Classe politique im Kanton kann nicht und will nicht. Sie ist nicht bereit für eine Änderung der Energieförderpolitik. Sie will damit auch nicht, dass St. Gallen einen Schritt weg vom unrühmlichen Ende der Rangliste der Kantone tut: St. Gallen wird weiterhin am zweitwenigsten Fördermittel für alternative Energieformen sprechen. Statt der geforderten 50 Mio. Franken jährlich, stellt St. Gallen mit dem regierungsrätlichen Gegenvorschlag schmörzelige 5,4 Mio. Franken bereit. Voraussichtlich im Februar wird das St. Galler Stimmvolk über die SP-Initiative abstimmen. Die SP-Grüne-Fraktion erhofft sich von der Bevölkerung mehr Realitätssinn und Problembewusstsein.

### **Aus öffentlich wird privat**

Während der Septembersession nahm die Regierung des Weiteren den Auftrag entgegen, eine Ausgliederung der Spitalbauten an die Spitalverbände in die Wege zu leiten. Die SPGrüne-Fraktion lehnt dies entschieden ab, sie befürchtet einen weiteren Verlust des politischen Einflusses auf die Spitalpolitik. Mit dem neuen KVG und mit der Einführung von

Swiss DRG werden öffentliche Spitäler den privaten gleichgestellt, ja sie werden faktisch selber zusehends in private Institutionen umgebaut. Dagegen haben die SP- und Grünen-PolitikerInnen grundsätzliche politische Vorbehalte, denn die stationäre Gesundheitsversorgung ist Teil des Service public. Sie vertraten in der Debatte die Haltung, dass sich eine Übertragung der Immobilien derzeit nicht aufdrängt. Die Abstimmung erfolgte dann aber in aller Deutlichkeit: 90 Ja- zu 24 Neinstimmen. – Nur die SP-Grüne-Fraktion stellte sich gegen einen weiteren Kontrollverlust für den Hauptzahler Kanton St. Gallen über seine kantonalen Spitäler.

### **Finanzausgleich: Noch immer kein horizontaler Finanzausgleich**

Der Kanton St. Gallen bezieht aus dem nationalen Ressourcenausgleichstopf jährlich fast 400 Mio. Franken. Dieser wird hauptsächlich von wenigen ressourcenstarken Kantonen gespeist. Doch während er selber in erklecklichem Mass von diesem Ausgleichsinstrument profitiert, sträubt er sich gegen die Einführung eines solchen horizontalen Finanzausgleichs, unter seinen Gemeinden. Und dabei wird es zum Missfallen der SP-Grünen-Fraktion auch bleiben. Ein Vorstoss der Ratslinken für einen horizontalen Finanzausgleich wurde am Dienstag aber klar, mit 24 Ja zu 86 Neinstimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt. „Die Kluft zwischen armen und reichen St. Galler Gemeinden wird sich damit weiter verschärfen“, davon ist der Präsident der SP-Grüne-Fraktion, Peter Hartmann, überzeugt. Man wolle mit Transferzahlung nicht alle Gemeinden gleich machen, wie ihr dies einzelne Bürgerliche vorwarfen. SP-Kantonsrat Max Lemmenmeier verwies in der Debatte auf andere Kantone: „Die leistungsfähigsten Kantone der Schweiz, etwa Zürich, haben einen sehr ausgeprägten horizontalen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden.“ Das St. Galler Modell, der auf einen solchen Ausgleich verzichtet, sei gescheitert. Grosse Teile der SVP, CVP und FDP sehen dieses Scheitern noch immer nicht. Sie ignorieren damit auch einen verfassungsmässigen Auftrag des Kantons, der einen Ausgleich unter den Gemeinden fordert.

### **Bürgerliche Unbeweglichkeit in Sachen Autoverkehr**

Kein Umdenken der Bürgerlichen in Sachen Strassenverkehr: Die Anliegen des Langsamverkehrs blieben in der Beratung zum 16. Strassenbauprogramm für die Jahre 2014-18

praktisch vollständig auf der Strecke. 60 Mio. Franken hätte der Bund dem Kanton St. Gallen für Projekte für Fuss- und Veloverkehr zur Verfügung gestellt. St. Gallen nutzte seine Chance am Mittwoch nicht. Im Gegenteil: Der Kantonsrat fördert den motorisierten Individualverkehr; Streichungsanträge der SP-Grünen-Fraktion im Umfang von 4,1 Mio. Franken wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgewiesen, die wies stattdessen mehreren Projekten eine höhere Priorität zu – mit entsprechenden Mehrkosten von 2 Mio. Franken. Die SP-Grüne-Fraktion musste zum Ende der Beratung zur Kenntnis nehmen, dass FDP, CVP und SVP den kantonalen Richtplan, der Anreize fürs Umsteigen auf Bahn, Bus und Velo setzen soll, als Makulatur betrachten. Anders ist ihr zum Teil ungestümer Einsatz für noch mehr Strassen nicht zu erklären.

Lichtblicke hingegen gab es, als über die Förderung des öffentlichen Verkehrs während der nächsten fünf Jahre debattiert wurde. Fraktionsprescher Daniel Gut stellte mit Genugtuung fest, dass der gesamte Rat hinter dem öffentlichen Verkehr im Kanton St. Gallen steht. Zu diesem Schluss kam er, nachdem mehrere Anträge der vorberatenden Kommission gutgeheissen wurden, Anträge, die sämtliche eine Verbesserung bewirken werden. Dabei handelt es sich insbesondere um dringend notwendige Ausbauschritte im Rheintal. Dies mit Blick auf die Umsetzung des von den beiden St. Galler StänderätInnen initiierten Bahn-Y, das halbstündliche Schnellzugsverbindungen zwischen Chur und St. Gallen bringt.

St.Gallen, 18. September 2013 Weitere Auskünfte:  
o Peter Hartmann, Fraktionspräsident  
o Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär



SP Kanton St.Gallen

### **Voranschlag 2014:**

## **Zu rasch zu viel Spielraum geschaffen!**

Die SP des Kantons St. Gallen nimmt die provisorische Rechnung und den Voranschlag der Regierung für das Jahr 2014 zur Kenntnis und fühlt sich in ihrer früheren Kritik bestätigt: Erneut schneidet die Rechnung bedeutend besser ab als der Voranschlag. Diverse Abbaumassnahmen auf Kosten der St. Gallerinnen



und St. Galler wären nicht nötig gewesen und wurden durch die unnötige Schwarzmalerei der Regierung zu Unrecht legitimiert.

### **Annahmen für das Sparpaket III als reine Makulatur**

Es ist wie praktisch immer: Die mutmassliche Rechnung 2013 zeigt dank Ausgabendisziplin der Verwaltung und Mehrerträgen ein deutlich besseres Resultat als budgetiert. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend bis Ende Jahr noch weiter verstärken wird. Die Annahmen für das Sparpaket III erweisen sich damit bereits kurz nach den Beschlüssen als Makulatur und viel zu pessimistisch. Leider hat dies System: Die Beschlüsse zur Reduktion von Staatsaufgaben und von für viele Menschen im Kanton St. Gallen wichtigen Leistungen wie die Verbilligung der Krankenkassenprämien oder der Abbau bei den Ergänzungsleistungen sind beschlossene Sache.

In naher Zukunft sollen dann – geht es nach den Bürgerlichen – mit dem absehbar steigenden Bestand an Eigenkapital wiederum Steuer geschenke verteilt werden um eine privilegierte Minderheit zu entlasten. Die Regierung tönt dies bereits mit dem Stichwort Unternehmenssteuerreform III an. „Die Umverteilung von unten nach oben soll weiter gehen! Der bürgerliche Finanzkreislauf geht weiter: Nach den Sparpaketen folgen bald wieder Steuerentlastungen für einige wenige – bevor es dann auf geht zur nächsten Abbaurunde“, meint Monika Simmler, Präsidentin der SP Kanton St. Gallen.

### **Mehrheitlich erfreuliche Investitionstätigkeit der Regierung**

Der Voranschlag 2014 zeigt aus Sicht der SP den Weg der Besserung des Staatshaushaltes nach den politisch erzwungenen, hohen Ertragsausfällen. Die Ausgaben sind im Griff und die gute Wirtschaftslage bringt mehr Steuererträge. Der Bezug aus dem freien Eigenkapital geht rasch gegen Null und der Staatshaushalt wird wieder mit schwarzen Zahlen abschliessen. Im Aufgaben- und Finanzplan 2015 – 18, der in der Februarsession beraten werden wird, werden die Korrekturen bei den Planzahlen einfließen und diese Entwicklung sicher abbilden.

Erfreulich ist die Ankündigung der Regierung, dass die Investitionen (ohne den Ausfinanzierungsbeitrag des Kantons an die St. Galler Pensionskasse) auf dem bisherigen Niveau gehalten werden. Kritisch ist hingegen die vorgese-

hene Erneuerung der IT-Infrastruktur der kantonalen Verwaltung. Es wäre vernünftiger, die Gelder in Projekte zu investieren, welche die Folgen der Sparmassnahmen reduzieren. „Dafür wird sich die SP engagieren: Die Bewohnerinnen und Bewohner im Kanton St. Gallen müssen wieder im Zentrum der Politik des Kantonsrats stehen“, erklärt Peter Hartmann, Präsident der SP-Grüne-Fraktion.

St. Gallen, 19. September 2013 Weitere Auskünfte:  
o **Monika Simmler, Parteipräsidentin**  
o **Peter Hartmann, Fraktionspräsident**  
o **Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär**

## **SPÖ:**

### **Auch in Österreich wurde gewählt**

„Tu felix Austria, nube“, heisst es in einem klassischen Distichon. Österreich soll lieber heiraten als Kriege führen. Lassen wir das mal mit dem Heiraten. Wie glücklich sind die 6,5 Millionen Wählerinnen und Wähler in dem mitteleuropäischen Nachbarland mit dem Wahlausgang bei der Nationalratswahl?

Übrigens: Als erstes EU-Land hat Österreich schon im Jahr 2007 für alle Wahlen das aktive Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt. Das Land ist in dieser Beziehung ein würdiger Europa-Pionier. Noch eine Besonderheit: In Vorarlberg etwa schließen die Wahllokale schon um 13 Uhr, man muss sich also sputen, wenn man im heimischen Wahllokal sein Kreuzchen machen will, es sei denn man hat eine Wahlkarte erworben, mit der man Briefwahl machen kann oder wo anders seine Stimme abgibt.

Überaus glücklich, wenn nicht gar nervend übertrieben reagierten die Strache-Fans und die Anhänger der NEOS-Partei auf die erste Hochrechnung um 17 Uhr. Strache-Fans? Strache ist der Parteichef der FPÖ, die früher unter Jörg Haider zu einer europakritischen und ausländerfeindlichen Partei degenerierte. Unter Strache ist diese Braun-Färbung geblieben, während man in der Sozialpolitik bei der heutigen FPÖ eher von einem kräftigen Linksruck sprechen kann. Was jetzt bei der Nationalratswahl wieder dazu führte, dass ein erheblicher Teil der Wählerschaft in der Arbeiterschaft von der SPÖ zur FPÖ fremd gegangen ist. Und NEOS? Das ist eine neue Partei, der jetzt auf Anhieb der Einzug ins Wiener Bundesparlament gelungen ist, durch die Überwindung der 4-Prozent-Sperrklausel in Österreich. NEOS ist eng



verbunden mit dem Liberalen Forum, einer früheren Abspaltung (1993) von der Haider-FPÖ. Im Wesentlichen von der Nationalratsabgeordneten Heide Schmidt repräsentiert. NEOS bekennt sich klar zur Europäischen Union und zur EURO-Währungszone und zu den Menschenrechten für Flüchtlinge und Zuwanderer. In Wien und in Vorarlberg hat die NEOS Partei überdurchschnittlich viele Stimmen gewonnen. Warum in Vorarlberg? Ihr Parteichef Matthias Strolz ist in Wald am Arlberg (Gemeinde Dalaas) beheimatet bzw. dort aufgewachsen. Die Parteifarbe von NEOS ist übrigens violett oder pink. Wenn's hilft?

Und die Sozialdemokraten unter Kanzler Werner Faymann? Ihr Glücksgefühl schien am Wahlabend nicht sehr ausgeprägt, den Fernsehbildern zufolge weder bei der Wahlparty in der Löwelstraße in Wien (SPÖ-Parteizentrale) noch im Landhaus in Bregenz oder in der benachbarten Geschäftsstelle der Vorarlberger SPÖ. Immerhin äußerte sich Michael Ritsch, der Parteichef und Clubobmann der SPÖ im „Ländle“ (in Vorarlberg) zuversichtlich, dass der Stimmenzuwachs der SPÖ in 33 Gemeinden einen Swing auch für die Landtagswahl im nächsten Jahr zur Folge haben könnte. Und: In Bregenz selbst ist die SPÖ stimmenstärkste Partei geworden, noch vor der ÖVP und der FPÖ. Chapeau! Gute Ergebnisse holten die Sozialdemokraten aber auch in Bludenz, im Laiblachtal (mit Hörbranz), in Bürs, Nüziders und Innerbranz. Gespannt blickt der Rote Seehas auch immer nach Sibratsgfall im Bregenzer Wald, da legte die SPÖ von 2 auf jetzt 6 Stimmen zu. So ähnlich sieht es übrigens auf der anderen Seite der Landesgrenze, in Balderschwang im bayrischen Allgäu, mit den SPD-Stimmen aus! 13, 5 Prozent für die SPÖ Vorarlberg: „Wir hatten uns mehr erwartet“, ist Elmar Mayer, der frühere Schulrektor aus Weiler und wieder gewählter (der einzige) SPÖ-Nationalrat aus Vorarlberg etwas enttäuscht. Die NEOS-Partei zog in Vorarlberg fast mit der Ländle-SPÖ gleich (13,2 Prozent). Österreichweit ist die Kanzler-Partei SPÖ stimmenstärkste Partei geblieben, sie hat als einzige Partei die Marke von 1 Million Wählerstimmen übersprungen. Verluste hat sie dennoch ebenso wie die ÖVP hinnehmen müssen, von 29,2 Prozent 2008 auf heuer 27,1 Prozent. In den 70er Jahren in der Ära von Kanzler Bruno Kreisky regierte die SPÖ mit Wahlergebnissen von über 50 Prozent! Lang, lang ist's her. Schockierend gesunken ist in Vorarlberg die

Wahlbeteiligung: von 71, 42 Prozent 2008 auf jetzt 57, 47 Prozent.



**Für die Vorarlberger SPÖ wieder in den Nationalrat gewählt: Elmar Mayer.**

**Bildrechte: © SPÖ-Nationalratsratsclub**

**Was im Wahlkampf aufgefallen ist? Durchaus spannend war die Serie der „Konfrontation“-Sendungen im ORF-Fernsehen in der letzten Phase vor der Nationalratswahl. Die Spitzenkandidaten der politischen Parteien traten jeweils im Duell gegeneinander an, moderiert von einer ORF-Redakteurin (Ingrid Turnher), flankiert von den Zuschauer-Tribünen im Studio. Das emotionalste Duell in dieser Serie war eindeutig der Disput zwischen FPÖ-Mann Strache und der Grünen-Politikerin Eva Glawischnigg, gefolgt von Faymann (SPÖ) und Spindelegger (ÖVP). Und sonst? Bei der Plakatierung am Straßenrand haben die überdimensionalen Werbetafeln für die Spitzenkandidat/innen der Parteien dominiert. Die örtlichen Nationalratskandidaten sind (bis auf die Grünen) zumindest im nördlichen Vorarlberg kaum bis gar nicht plakatiert worden. Sind sie nur Stimmvieh in Wien, im Bundesparlament?**

Publizisten und Wahlforscher beklagten das geringe inhaltliche Niveau der Parteien, die sich zur Wahl stellten. Und wichtige Zukunftsfragen wie die Lösung der EURO-Krise, der Abbau der Staatsverschuldung, die Verwaltungsreform oder die Zukunft der Schulbildung

für die pubertierenden Schüler/innen in der Sekundarstufe I, auch unter Berücksichtigung der PISA-Studie, wonach die 15jährigen jungen Leute in der Alpenrepublik mit dem sinnverstehenden Lesen so ihre besonderen Probleme haben sollen - diese Aufgaben der Politik sind nicht mit dem nötigen Nachdruck im Wahlkampf zur Sprache gekommen.

30.09.2013

W.Bernhard



**Nationalrat - Mayer:**

## **Bildungssystem hat enormen Schub bekommen**

**1 Milliarde Euro und 11.000 Dienstposten zusätzlich**

"Alle Maßnahmen, die wir beschlossen haben - wie die Sprachförderung, das verpflichtende Kindergartenjahr, die kleineren Klassen mit der Klassenschülerhöchstzahl, die Bildungsstandards, die Matura Neu, die Reform der Oberstufe - gehen in die Richtung, dass alle Kinder, unabhängig von der Brieftasche der Eltern, die beste Bildung bekommen", so SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer im Rahmen der Sondersitzung im Nationalrat zum Thema Bildungspolitik. In Zahlen ausgedrückt sind das über eine Milliarde Euro zusätzlich fürs Bildungsbudget und 11.000 Dienstposten zusätzlich. Das Bildungssystem hat einen enormen Schub bekommen. "Sie waren offenbar schon lange in keiner Schule mehr", sagte der SPÖ-Bildungssprecher zum Abgeordneten Lugar vom Team Stronach, das die Sondersitzung beantragt hatte.

Diese Maßnahmen seien nicht sofort messbar, wie auch Bildungsexpertin Christiane Spiel bestätigte, aber langfristig seien sie messbar, weil sie eindeutig in die richtige Richtung gehen, so Mayer. "Eine gute Schule steht und fällt mit der Lehrerpersönlichkeit. Daher haben wir uns auch bemüht, eine neue PädagogInnenausbildung auf Schiene zu bringen, die sich auch international sehen lassen kann", fügte Mayer hinzu. In Zukunft sei die Ausbildung der LehrerInnen einheitlich für alle Schulformen und ausgerichtet nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Es sei auch erklärtes Ziel der Regierung, das Lehrerdienstrecht zu beschließen, das man nach 32 Verhandlungsrunden jetzt in Begutachtung geschickt hat. "Denn wir wollen die Besten dazu motivieren, in diesen Beruf einzutreten, auch mit einer Eignungsphase. Jeder, der nach dem neuen Schema seine Ausbildung beginnt, soll wissen, zu welchen Bedingungen werde ich angestellt. Dieser Weg ist richtig, den unterstützen wir", so der SPÖ-Bildungssprecher.

18.09.2013

Vorarlbergs soziale Kraft

## **SPÖ hinterfragt ÖVP-Vorschlag betreffend „Roadpricing“**

**Der jüngste Vorschlag von ÖVP-Spitzenkandidat Norbert Sieber, der anstelle der Korridorvignette eine kilometerabhängige Maut einführen möchte, veranlasst SPÖ-Verkehrssprecherin Mirjam Jäger-Fischer, eine entsprechende Anfrage an Landeshauptmann Markus Wallner sowie Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser zu richten.**

Das so genannte „Roadpricing“ würde erstens mit massiven Umstellungskosten verbunden sein, zweitens würde es die nicht geringe Zahl an Pendlern in Vorarlberg mit massiven Mehrkosten treffen. Für die SPÖ stellt sich daher die Frage, inwieweit LH Wallner und Landesstatthalter Rüdisser diesen Belastungsvorschlägen zustimmen können und welche verkehrlichen Auswirkungen damit verbunden wären.

Neben den Auswirkungen eines „Roadpricing“ möchte die SPÖ-Verkehrssprecherin außerdem wissen, wie die ÖVP zur Ankündigung steht, dass eine 3-Tages-Vignette geprüft werden soll. Des Weiteren hinterfragt Jäger-Fischer die möglichen Auswirkungen einer 3-Tages-Vignette auf das niederrangige Straßennetz.

19.09.2013

Vorarlbergs soziale Kraft

## **Das Sterben blieb aus - 13 Jahre nach Fehlbefund wartet der Patient noch auf Gerechtigkeit**

**Krankenhausbetriebsgesellschaft entzieht sich Verantwortung**

Herr C.N. wurde im Jahr 2000 wegen Oberbauchschmerzen operiert. Während der Operation entnahm der Chirurg eine Probe der Bauchspeicheldrüse und schickte sie zur Befundung an das Krankenhaus Feldkirch. Dort wurde eine schreckliche Diagnose gestellt: der Befund war bösartig.

Was die Diagnose Bauchspeicheldrüsenkrebs bedeutet, war für den damals 46-jährigen Herrn C.N. klar. Für diesen Krebs gibt es keine Heilung, fast alle Patienten sterben nach kurzer Zeit daran. Um seine Lebenszeit zu verlängern, willigte Herr C.N. in eine Chemotherapie ein. Von Ende Juli 2000 bis Dezember 2000 ging der 3-fache Familienvater durch die Hölle der chemotherapeutischen Behandlung. Jeder Lebensstag damit belastet, dass er bestenfalls ein paar Monate länger leben wird, aber trotzdem dem Tod geweiht ist.

Im Februar 2001 nahm der Patient seine Arbeit wieder auf. Aufgrund der Behandlung an der Bauchspeicheldrüse hatte er inzwischen einen Diabetes mellitus entwickelt. Schlimmer als alles andere aber war das Warten auf das Sterben.

Operation und chemotherapeutische Behandlung erfolgten im KH Dornbirn - auf Grundlage des histologischen Befundes, der im LKH Feldkirch gestellt worden war. Im Krankenhaus Dornbirn wurde Herr C.N. auch nachkontrolliert. Mit den Dornbirner Ärzten war Herr C.N. auch äußerst zufrieden. Er erlebte sie als fachkompetent und einfühlsam.

Ein Arzt des Dornbirner Krankenhauses reagierte auch, als Herr C.N. 2003 immer noch lebte. Er forderte eine nochmalige Befundung des Präparates aus dem Jahr 2000. Die neuerliche Befundung ergab, dass die Diagnose Bauchspeicheldrüsenkrebs falsch gewesen war, der Tumor war gutartig. Neben der großen Erleichterung, die Herr C.N. empfand, hatten die drei Jahre doch Spuren hinterlassen. Inzwischen war er zuckerkrank geworden, die Chemotherapie hatte einen Reizdarm mit ständigen Durchfällen hinterlassen, vor allem aber hatte er mit den psychischen Folgen zu kämpfen. Er war nicht mehr arbeitsfähig und erhielt 2005 eine Invaliditätspension. In seinem Leben vor der vermeintlichen Krebserkrankung war er ein beruflich hochqualifizierter Angestellter mit sehr gutem Einkommen gewesen. Durch die Invaliditätspension muss er massive finanzielle Verluste hinnehmen.

Die Versicherung der verantwortlichen Vorarlberger Krankenhausbetriebsgesellschaft hat dem Patienten zwar inzwischen ein Schmerzensgeld bezahlt, um den Verdienstentgang wird bis heute verhandelt. 13 Jahre nach der unbestrittenen Fehldiagnose wird Herr C.N. von der Versicherung noch von einem auf das andere Gespräch vertröstet. Die Vorarlberger Krankenhausbetriebsgesellschaft sieht sich offenbar nicht mehr in der Verantwortung, da sie den Fall bereits der Versicherung übergeben hat.

Obwohl vieles nicht mehr gutzumachen ist, erwarte ich mir von der Krankenhausesellschaft und den politisch Verantwortlichen Druck auf die eigene Versicherung zu machen, um den „Fall C.N.“ endlich zu Ende zu bringen. Nach 13 Jahren darf sich das ein Vorarlberger Patient, der aufgrund einer Fehldiagnose so viel erlitten hat, zu Recht erwarten.

23.09.2013

Vorarlbergs soziale Kraft

## **SPD Kreis BC MdB Martin Gerster**

### **Stephan Weil diskutiert mit „hochkarätigem Publikum“ über Energie**

#### **Erster Ministerpräsidentenbesuch in Ummendorf**

UMMENDORF (zel) – „Das erste Mal seit meinem Amtsantritt vor über 15 Jahren, wenn auch aus einem anderen Bundesland“, freute sich Ummendorfs Bürgermeister Klaus B. Reichert (CDU) über die Kurzvisite eines Ministerpräsidenten, nämlich von Niedersachsens **Stephan Weil** (SPD), + im Hotelgasthof Gaum. Weil war zur vom Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** anberaumten Konferenz über die Energiewende gekommen. Mit dabei auf dem Podium vor rund 80 Zuschauern auch Norbert Schomborg, Geschäftsführer der Bürger-Windenergie Ummendorf (BAU) und Vorstandsmitglied der örtlichen Energiegenossenschaft.

„Wir leben in einem Meer von Mais“, so begründete Schomborg seine Meinung, dass es jetzt genug sei mit 80 Biogasanlagen im Landkreis. Seit drei Jahren machten sich die Ummendorfer Energiegenossen Gedanken, welche

Energieform am unterstützenswertesten sei. „Auch die Blütezeit der Fotovoltaik ist vorbei, die Wasserkraft ist bei uns in der Regio ausgelutscht, bleibt der Wind.“ Die bestehende Anlage in Ummendorf liefere eine Million Kilowattstunden im Jahr, skeptisch seien die Genossen jedoch gegenüber einer Beteiligung an Windanlagen in Flachmeerszonen (offshore).



zum Bild: Stephan Weil (m.) freut sich über die beiden Geschenkkörbe von MdB Martin Gerster (l.) und Bürgermeister Klaus B. Reichert.

„Dort bläst der Wind immer und könnte somit einen Teil der dauerhaften Stromgrundversorgung abdecken, sofern die Leitungen gebaut werden“, warb dagegen Niedersachsens Ministerpräsident Weil für Offshoreanlagen. Transport und Speicherung der erneuerbaren Energie seien das Problem der Energiewende. Dieses weltweite Pionierprojekt werde vom Ausland sehr genau beobachtet. „Hier müssen Niedersachsen und Baden-Württemberg mit seiner grundlastbedürftigen Industrie zusammenarbeiten“, forderte Weil. „Die bestehende Bundesregierung liefert keine Antwort auf die Frage, wie der Ausfall von Grundlaststrom nach Abschaltung aller Kernkraftwerke zu kompensieren wäre.“ Nach einem Wechsel bei der Bundestagswahl werde eine rotgrüne Bundesregierung die jetzt in fünf Ministerien zersplitterten Zuständigkeiten in einem Energieministerium bündeln.

Auf Bürgermeister Reicherts frage nach den Schwierigkeiten beim Leitungsbau nannte der Ministerpräsident eine Beteiligung repräsentativ ausgewählter Bürger als Mittel der Wahl, und zwar „von Planungsbeginn an, das spart Rechtsstreit und damit Zeit und Zeit ist Geld.“ Als lösbar bezeichnete Weil auch das von Dr. Heiko Schmid, Landrat des „energieautarken“ Kreises Biberach, aufgebrachte Thema Artenschutz beim Energieausbau.

Dieser werde gehemmt durch einen Staatsvertrag der früheren schwarz-gelben Landesregierung mit Bayern, bemerkte Energiemacher

Schomborg dazu: „Sonst könnten wir auf rund 40 geeigneten Standorten im Kreis Windkraftanlagen installieren.“ Eine „sichere, möglichst ökologische Stromversorgung zu akzeptablen Preisen“ hatte der Gastgeber und Moderator Martin Gerster MdB zu Beginn das Ziel sozialdemokratischer Energiepolitik klargelegt und war sich mit dem Gast aus dem Norden einig, dass es dazu auch einer Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) bedürfe. „Das System ist etwas aus den Fugen geraten“, sagte Weil. Die EEG-Umlage sorge für stetige Strompreiserhöhungen auch deshalb, weil zum EEG-Anfang 700 und aktuell über 3000 Unternehmen von der Umlage befreit seien. „Auch das werden wir ändern“, versprachen Weil und Gerster, damit Auswüchse wie solche künftig vermieden würden: „Eine Kaufhauskette gliedert die Rolltreppen in eine eigene Firma aus und zahlt wegen deren hohen Energieverbrauchs keine Umlage.“

Biberach, 10. September 2013      Wolfgang Heinzl,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

### Martin Gerster und Martin Rivoir:

## **Kampf für die B312 hat sich gelohnt**

**Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster und sein Ulmer Landtagskollege Martin Rivoir (SPD) begrüßen, dass die nun vorliegende Anmeldeliste der Landesregierung für den Bundesverkehrswegeplan alle vier Ortsumfahrungen der B312 beinhaltet.**

Auch sei erfreulich, dass sowohl die Maßnahmen bei Gaisbeuren und Enzisreute sowie zwischen Jordanbad Biberach und Hochdorf entlang der B30, die Ortsumfahrungen Boms und Staig an der B 32 sowie die Ortsumfahrung Riedlingen an der B311 berücksichtigt wurden.

„Unser gemeinsamer Kampf in Stuttgart und Berlin hat sich gelohnt“, so Gerster mit Blick auf die B312. Er hatte wiederholt an Landesverkehrsminister Winfried Hermann appelliert, sämtliche der entlang der Bundesstraße geplanten Teilmaßnahmen bei der Anmeldung zu berücksichtigen. „Oberschwaben braucht dieses Projekt und als Sozialdemokraten haben wir uns in Bund und Land mit Nachdruck und Erfolg dafür eingesetzt.“

Auch Rivoir ist stolz, dass die Anmeldeliste nunmehr die Ortsumfahrungen Ringschnait,



Ochsenhausen/Erlenmoos und Edenbachen komplett berücksichtigt: „Die Liste beinhaltet viele wichtige Einzelmaßnahmen, mit denen auch im ländlichen Raum Menschen vom Durchgangsverkehr entlastet und die Wirtschaft gestärkt werden. Dadurch verringern sich Unfallgefahren, Lärm, schlechte Luft und Staus.“

Angemeldet werden von Baden-Württemberg beim Bund rund 160 Maßnahmen mit einem voraussichtlichen Finanzvolumen von gut 11 Mrd. Euro. Die SPD fordert nun den Bund auf, die finanzielle Mittelbereitstellung für den Bundesfernstraßenbau in Baden-Württemberg bedarfsgerecht zu erhöhen, da hier die Belastung auf den Straßen seit Jahren größer ist als anderswo in Deutschland.

„Klar ist, dass wir am Ball bleiben müssen, damit die Verkehrsinfrastruktur erhalten und weiterentwickelt werden kann“, so Gerster. „Nach der Methode ‚Wünsch-Dir-Was‘, wie sie die CDU praktiziert, funktioniert es aber nicht.“ Er will sich in Berlin weiter dafür einsetzen, dass ausreichende Mittel für die vom Land gemeldeten Vorhaben zur Verfügung gestellt werden.

Wie Rivoir ergänzt, werde das Verkehrsministerium nun in einem nächsten Schritt die gemeldeten Maßnahmen nach ihrer Dringlichkeit ordnen, um gegenüber dem Bund die Schwerpunkte aus Sicht des Landes zu definieren. „Das Letztentscheidungsrecht, welche Straße wann gebaut wird, liegt jedoch allein beim Bund“.

01.10.2013

Alexander Geisler M.A.

**BayernSPD**

**SPD Kreisverband Lindau**

## **Wahl-Marathon im Freistaat Bayern im September**

Es lohnt sich durchaus, einen Blick hinter die Kulissen der jüngsten Wahlen im benachbarten Bayern im September zu werfen. Ist der Rote Seehas mal durch Lindau, Scheidegg und Lindenberg im Allgäu gefahren, war die Flut an Wahlplakaten am Straßenrand und an großen Stelltafeln für drei verschiedene Wahlen kurz hintereinander kaum übersehbar. Hat die **Wahlbeteiligung** darunter gelitten?

Bei der Landtagswahl in Bayern vor fünf Jahren haben 57,9 Prozent den Weg ins Wahllokal gefunden, jetzt waren es 63,9 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2009 haben in Bayern 71,6 Prozent der Wahlberechtigten gewählt (2005: 78,9 %), jetzt am 22. September waren es 70,2%.

**Am 15. September** mussten die Wähler/innen im Wahllokal oder zu Hause bei der Briefwahl mit **fünf verschieden farbigen Stimmzetteln** klar kommen und etliche Kreuzchen verteilen. Im Vordergrund stand natürlich die Landtagswahl für die Abgeordneten im Münchner Landtag, dem Maximilianeum. Mit der Erststimme wählte man die Gewinnerin oder den Gewinner des Direktmandats in einem „Stimmkreis“. Im Unterschied zur Bundestagswahl darf er /sie das Mandat nicht behalten, wenn seine Partei landesweit nicht über fünf Prozent Stimmenanteil gekommen ist. Mit der Zweitstimme wählt man entweder pauschal die Kandidatenliste einer Partei oder: einen einzelnen Kandidaten aus der Liste. Der Wähler kann also Einfluss nehmen auf die Reihenfolge der Listenkandidaten, von weiter hinten nach vorne oder umgekehrt. Listenwahl? Es geht dabei nicht um eine Landesliste der Partei wie bei der Bundestagswahl, sondern um sieben getrennte Kandidat/innenlisten der Parteien in den sieben bayrischen Regierungsbezirken. Dies würde ungefähr der so genannten Zweitauszählung der Abgeordneten-Sitze bei der baden-württembergischen Landtagswahl in den vier Regierungsbezirken Tübingen, Freiburg, Karlsruhe oder Stuttgart entsprechen. Eine Kandidatenliste gibt es da nicht (in Baden-Württemberg), sondern die zusätzlichen 50 Sitze an die Parteien- nach der Vergabe der Direktmandate für die 70 Wahlkreis-Gewinner/innen werden in jedem Bezirk seit der Landtagswahl 2011 an die Kandidaten in den betreffenden Wahlkreisen mit den besten prozentualen Wahlergebnissen bei jeder Partei verteilt.

**Im Freistaat Bayern werden die Erststimmen und die Zweitstimmen für jede Kandidatin/jeden Kandidaten einer Partei zusammengezählt. Dieses addierte Stimmenergebnis ist dann entscheidend für die Zuteilung der weiteren Landtagssitze (nach den Direktmandaten) in jedem der sieben bayrischen Regierungsbezirke!**

Ein Unikum deutschlandweit ist die Direktwahl der sieben Bezirkstage zusammen mit der

Landtagswahl in Bayern. **Was ist ein Bezirkstag?** Es ist ein direkt gewähltes Regionalparlament mit so viel Sitzen für die Parteien, wie der Regierungsbezirk Landtagsitze in München stellt. So hat etwa der **Bezirk Schwaben** 26 Sitze im Landtag und demgemäss 26 Sitze für die Parteien im Bezirkstag. Diese werden ebenfalls mit der Erststimme und mit der Zweitstimme (für einen Kandidaten in der Liste oder die Liste pauschal) gewählt. **Wofür sind diese Bezirkstage zuständig?** Der Bezirk ist Träger von Alten-, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen, da muss über Eingliederungshilfen für die betroffenen Patienten und Pflegebedürftige entschieden werden. Der Bezirk ist außerdem Träger von Stiftungen in der Heimat- und Kulturpflege, und hat Aufgaben für die Sonderschulen und die Jugendhilfe sowie im Gewässer- und Naturschutz.

[www.bezirk-schwaben.de](http://www.bezirk-schwaben.de)

[www.spd-schwaben.de](http://www.spd-schwaben.de)

Damit sich der Gang ins Wahllokal auch wirklich lohnte, gab es noch fünf weitere Kreuzchen zu machen, indem mit einer Ja- oder einer Nein-Stimme ein Votum zu gleich **fünf Volksabstimmungen zur Änderung der bayrischen Landesverfassung** abgegeben werden konnte. Es ging dabei um ergänzende Sätze zu einzelnen Artikeln und um neue Staatsziele.

**Die 5 Volksentscheide in Bayern am 15. September 2013 im Einzelnen:**

<b>Staatsziel:</b> Förderung des ehrenamtlichen kommunalen Engagements (Art.21)	<b>Staatsziel:</b> Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land (Art 3,Abs.2)	Größere Beteiligung des Landtages bei Angelegenheiten der Europäischen Union (Art.70)
Einführung der <b>Schuldenbremse</b> ab 2020 in Bayern (Art.82 ) (mit Ausnahmen bei Naturkatastrophen)	Angemessene Finanzausstattung der Gemeinden durch das Land (Art.83, Abs.2)	<b>Alle Volksentscheide sind vom Stimmvolk angenommen worden!</b>

Nach dieser Fleißarbeit am 1. Wahlsonntag folgte einen Sonntag darauf noch die **Wahl zum Deutschen Bundestag** (in Bayern ), und noch einen Sonntag später, am 29.September, die **Nationalratswahl im benachbarten Österreich.**

**Im Folgenden die Ergebnisse für die Sozialdemokratische Partei in der Region Bodensee im September 2013 (Bayrisches Allgäu)**

<b>Bezirkstag Schwaben (Bayern)</b>	<b>Landtagswahl Bodensee-Allgäu (Bayern) - Stimmkreis 710 Lindau-Sonthofen</b>	<b>Bundestagswahl Bodensee-Allgäu (Bayern) - Wahlkreis 256 Oberallgäu mit Lindau u. Kempten</b>
Dieses Regionalparlament in den 7 Bezirken in Bayern wird zusammen mit dem Landtag gewählt.	Die SPD-Lokomotive Christian Ude führt bei der Allgäuer SPD zu einem kleinen Wahlerfolg von rund 2 %.	Katharina Schrader, die junge Kandidatin aus Kempten, legt bei den Erststimmen immerhin um 5,1 % zu.
<b>SPD-Gewählte im Bezirkstag:</b> - Petra Beer, Wolfgang Böhner, und neu: Volkmar Thumser und der <b>Lindauer OB Dr. Gerhard Ecker (SPD).</b>	Aus dem Bezirk Schwaben in den Landtag Gewählt (SPD):- Paul Wengert,Marktoberdorf, Harald Güller, Augsburg, Dr. Simone Strohmayer, Augsburg, Dr.Linus Förster u. neu: Herbert Woerlein, also 1 Mandat mehr	Aus dem Bezirk Schwaben in den Bundestag Gewählt (SPD): - Ulrike Bahr, Augsburg (neu) - Gabriele Fograscher, Donauwörth (wieder) -Dr. Karl-Heinz Brunner, Neu-Ulm (neu) also 3 Abgeordnete
	<b>SPD-Landtagskandidat Jörg Hilbert (Bad Hindelang) AOK-Krankenkassenfachwirt</b>	<b>SPD-Bundestagskandidatin Katharina Schrader (Kempten) Wissenschaftl. Mitarbeiterin</b>
	- früher im bayrischen Landtag für die Allgäuer SPD: Heidi Lück (Durach bei Kempten)	früher im Bundestag für die SPD im Allgäu -Sigrd Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren) -Dieter Lattmann (Kempten) 1972-1980

Beide SPD-Kandidaten im bayrischen Allgäu für die Landtags- und die Bundestagswahl, Katharina Schrader und Jörg Hilbert, sprachen von teilweise sehr erfreulichen Erlebnissen in den zurückliegenden Wochen und Monaten



des Wahlkampfes mit vielen offiziellen und inoffiziellen Termin-Verpflichtungen. Immerhin habe man leicht zulegen können, gerade in der schwierigen SPD-Diaspora, und es sei verhindert worden, dass die Sozialdemokraten wie vor fünf Jahren bei den letzten Wahlen wieder hinter den Grünen und den Freien Wählern gelandet sind. Man steht wieder auf dem 2. Platz hinter der allmächtigen CSU. Viel Arbeit steht noch an, um den Generationenwechsel von Alt zu Jung bei den verantwortlichen Aktiven in der Orts- und Unterbezirkspartei zwischen Lindau, Kempten und Sonthofen im Sinne künftiger Wahlerfolge für die SPD in nächster Zeit zu bewerkstelligen.

W. Bernhard

## Gleichstellung jetzt – Gleichstellungspolitik stärken

Die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist im Grundgesetz in Art. 3 Abs. 2 als Staatsziel verankert. Es besteht eine Selbstverpflichtung der Bundesregierung, die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip zu verfolgen und als eigenständiges Politikfeld zu gestalten (Gemeinsame Geschäftsordnung Art. 2 und 3). Die hier genannten Prinzipien wurden bislang nicht umgesetzt – obwohl der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2011) erheblichen Handlungsbedarf aufzeigt. Auch besteht keine Infrastruktur, die die Umsetzung des Staatsziels Gleichstellung flankiert, evidenzbasiert unterstützt und ein entsprechendes Monitoring leistet.

**Es besteht Handlungsbedarf, denn:**

- **Frauen können ihre gute Ausbildung nicht in adäquate berufliche Karrieren umsetzen:**

Weibliche Jugendliche erzielen zwar höhere und bessere schulische Qualifikationen, haben aber geringere Chancen als Jungen bzw. Männer, diese Bildungszertifikate am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verwerten (Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2011, S. 88/109).

- **Gender Pay Gap:** 2012 lag der unbereinigte Gender Pay Gap (Bruttostundenverdienst) für Deutschland bei 22 Prozent (Statistisches Bundesamt).

- **Gender Pension Gap:** Der Gender Pension Gap in Deutschland liegt bei 59,6 Prozent (BMFSFJ 2011, S.7).

- **Existenzsichernde Beschäftigung:** Der Anteil der beschäftigten Frauen im Haupterwerbsalter (25 bis 60 Jahre) ohne existenzsicherndes Einkommen lag 2010 bei 62 Prozent (Männer: 29 Prozent). 74 Prozent der weiblichen und 43 Prozent der männlichen Beschäftigten verdienen nicht genug, um langfristig für sich und ein Kind sorgen zu können (Pimminger 2012, S. 32).

- **Lebenserwartung von Männern:** Männer leben in Deutschland im Durchschnitt ca. 5 Jahre kürzer, als es die heutigen Lebensverhältnisse und die medizinische Versorgung zulassen würden (Statistisches Bundesamt 2011).

**Wir schlagen deswegen vor:**

- Die Gleichstellungspolitik wird mit **erweiterten Federführungskompetenzen und zusätzlichen Ressourcen** als eigenständiges Politikfeld gestärkt. Gleichstellungspolitik braucht Sichtbarkeit und soll nicht weiter faktisch der Familienpolitik untergeordnet werden.

- Eine **durchgängige Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen** (Leitprinzip Gleichstellung bzw. Strategie Gender Mainstreaming) wird endlich zum Grundprinzip des Regierungshandelns.

- Ein **regelmäßiger Gleichstellungsbericht** (mindestens einmal in der Legislatur) wird als gesetzlicher Auftrag der Bundesregierung verankert.

- Es wird eine **dauerhafte Infrastruktur** eingerichtet, die die Bundesregierung durch die Aufbereitung von Daten, Transfer, Koordination, wissenschaftliche Beratung, Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit in Gleichstellungsfragen unterstützt. So wird im Ersten Gleichstellungsbericht (S. 35) ein „Forschungszentrum zur Gleichstellung“ empfohlen.

**Unterzeichnerinnen und Unterzeichner  
(Stand: 24.09.2013)**

Dr. Sabine Berghahn, Nina Bessing, Prof. Dr. Silke Bothfeld, Hannelore Buls, Elke Ferner, Dr. Regina Frey, Prof. Dr. Claudia Gather, Jochen Geppert, Dr. Karin Hildebrandt, Dr. Elke Holst, Christel Humme, Prof. Dr. Ina Kerner, Dr. Mara Kuhl, Prof. Getraude Krell, Monika Lazar, Prof. Dr. Julia Lepperhoff, Sandra Lewalter, Dr. Claudia Neusüß, Dr. Irene Pimminger, Katharina Pühl, Ulrike Röhr, Bettina Luise Rürup, Sebastian Scheele, Christina Schildmann, Dr. Monika Schröttle, Dr. Barbara Stiegler, Henning von Bargaen

### **Weitere Argumente:**

Die Gleichstellungspolitik in Deutschland zeichnet sich durch einen enormen Gestaltungsrückstau aus, wie der Erste Gleichstellungsbericht ausweist. Sie ist außerdem durch geringe rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten und die marginale finanzielle und institutionelle Ausstattung weitgehend blockiert. Die beschränkten Kompetenzen und die geringe Ausstattung der Gleichstellungspolitik werden beim Vergleich mit anderen Politikfeldern drastisch deutlich.

Die geringen Gestaltungsmöglichkeiten machen die Durchsetzung gleichstellungspolitischer Vorhaben unwahrscheinlich, führen zu geringerer Aufmerksamkeit und geringem Interesse bei den politischen Entscheidungsträger -innen und verhindern inhaltliche und persönliche Erfolge beim Engagement für gleichstellungspolitische Themen.

**Wer diesen Vorschlag unterzeichnen möchte, schickt bitte eine E-Mail mit Namen (ggf. Titel, Vorname, Name und ggf. Funktion) an die Emailadresse:**

[gleichstellung-jetzt@gmx.de](mailto:gleichstellung-jetzt@gmx.de)

### **Quellen:**

BMFSFJ (2011): Neue Wege – gleiche Chancen: Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf: Erster Gleichstellungsbericht. Url:

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Erster-Gleichstellungsbericht-Neue-Wege-Gleiche-Chancen.property=pdf.bereich=bmfsfj.sprache=de.rwb=true.pdf> (09.09.2013).

BMFSFJ (2011): Gender Pension Gap. Entwicklung eines Indikators für faire Einkommensperspektiven von Frauen und Männern.

Pimminger, Irene (2012): „Existenzsichernde Beschäftigung von Frauen und Männern“.

Agentur für Gleichstellung im ESF (Hg.). Url:

[http://www.esf-gleichstellung.de/fileadmin/data/Downloads/Aktuelles/expertise\\_existenzsichernde\\_beschaeftigung.pdf](http://www.esf-gleichstellung.de/fileadmin/data/Downloads/Aktuelles/expertise_existenzsichernde_beschaeftigung.pdf) (09.09.2013).

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (ohne Jahr): Gender Pay Gap. Url:

[https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMaennerFrauen/Tabelle\\_n/Verdienstabstand.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMaennerFrauen/Tabelle_n/Verdienstabstand.html) (09.09.2013).

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) 2011: Pressemitteilung Nr. 344 vom 02.10.2012: Lebenserwartung in Deutschland erneut gestiegen. Url:

<https://www.destatis.de/DE/PresseService/Pres>

[se/Pressemitteilungen/2012/10/PD12\\_344\\_12621.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Pressemitteilungen/2012/10/PD12_344_12621.html) (10.09.2013)

24.09.2013 DENNIS BUCHNER

[ASF@SPD.de](mailto:ASF@SPD.de)  
[dennis.buchner@spd.de](mailto:dennis.buchner@spd.de)

## **Leserbrief**

### **Herr Oettinger und Fracking**

Vor zwei Wochen waren meine Frau und ich in einem großen Waldgebiet (etwa die Größe Württembergs) im US-Bundesstaat Pennsylvania und wir waren erschüttert über die Folgen von Fracking. In den Waldgebieten stehen Gas-/Lösungsmittelgemischtanks und es surren Kompressoren. An zahllosen "undichten" Stellen im Boden stehen Bäume voll mit abgestorbenem Laub, auch die Bodenvegetation ist meist als kreisrunde Flecken gelb und braun. In weiten Waldgebieten herrscht ansonsten Totenstille, kein Vogelgezwitscher, kein Schmetterling, keine der sonst zahlreichen Wildbienen und nicht mal mehr Stechmücken. Jeder zweite Baum entlang einer kilometerlangen Straße ist mit einer Banderole versehen die auf Lebensgefahr hinweist. Die Straße führt zu einem früher beliebten Ausflugsziel, der einst höchsten Eisenbahnbrücke der Welt die 2003 von einem Tornado in großen Teilen umgeworfen wurde. Kein Mensch weit und breit, trotz Ferienzeit und neu errichtetem Multimediainfocenter zur Brücke. In Dörfern am Rand des Gebietes berichten Bewohner von Feuer aus ihren Wasserhähnen und davon dass viele Menschen der Glaubensgemeinschaft der Amish (diese leben und arbeiten noch wie zu Zeiten als sie u. a. aus Deutschland vertrieben wurden, ohne Strom, ohne Autos usw.) geflohen sind, für sie ist das eine Strafe Gottes. Uns sind die vielen verlassenen Höfe ihrer typischen Bauart aufgefallen, das Frackinggebiet erstreckt sich größtenteils weit außerhalb des Waldgebietes. Andere US-Bundesstaaten wie z.B. das angrenzende Maryland haben inzwischen das Fracking per Gesetz verboten. All das ignoriert unser sauberer EU-Kommissar Oettinger und fordert mehr Vertrauen in meine Berufskollegen (Ingenieure) um diese höchst fragwürdige Methode durchzusetzen, die übrigens auch allen Klimaschutzziele zuwider läuft. Er will uns mal wieder für dumm verkaufen, deshalb lautet mein Appell: "Europäer schickt diesen Herrn endlich in die Wüste er hat schon genug Schaden hier im Ländle angerichtet, nicht auch noch in Europa!"

**Karl-Heinz Irgang**



Kontaktadresse: Berthold Seeger Schlehenhang 22 88400 Biberach  
Tel. 07351 – 28182 Mail: [berthold.seeger@googlemail.com](mailto:berthold.seeger@googlemail.com)

An die  
Interessentinnen und Interessenten  
des AK „Christinnen, Christen und SPD“  
Regionalgruppe Oberschwaben-Bodensee

09.10.2013

## **Einladung zum vereinbarten Klausurtag**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
zum lange vereinbarten Klausurtag unserer Regionalgruppe lade ich Euch herzlich ein.

**Termin: Samstag, 02. November 2013 9.00 Uhr - 17.00 Uhr**

**Ort: Kloster Reute**

Postanschrift: Klostersgasse 6 88339 Bad Waldsee Telefon: 07524 / 708 - 0

### **Thema:**

Soziallehre der christlichen Kirchen und Grundsätze der Sozialdemokratie  
Gemeinsame Schnittmengen, Unterschiedliches

### **Ziele des Klausurtags:**

1. Wir lernen kennen, welche gemeinsamen Wurzeln christliche Soziallehre und Sozialdemokratie verbindet
2. Wir bekommen inhaltliche Kompetenzen in beiden Feldern, um unseren eigenen Standort zu klären und die gewonnenen Erkenntnisse in Gesprächen unterschiedlichster Art einzubringen.

**Die inhaltliche und methodische Vorbereitung** soll Tagesordnungspunkt unseres nächsten Treffens am Donnerstag, 10. Oktober 19.00 Uhr sein. Darauf wird unser Referent Pfarrer Paul Schobel seine Ausführungen am 02.11. aufbauen.

- **Bitte haltet Euch diesen Termin frei**
- **Meldet Euch verbindlich bei mir an bis Montag, 21. Oktober, damit das Tagungshaus das Mittagessen disponieren kann.**
- **Verpflegung und Raummiete werden uns in Rechnung gestellt, sofern wir nicht fristgemäß absagen sollten.**

Viele Grüße

Berthold Seeger

# Impressum

## Herausgeber:

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale

Präsident: Fredi Alder

E-Mail: [fredialder@gmx.ch](mailto:fredialder@gmx.ch)

## Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Adnan Sabah:

[ASabah1@web.de](mailto:ASabah1@web.de)

Günter Klepser:

[Guenter.Klepser@schwaben.de](mailto:Guenter.Klepser@schwaben.de)

Andreas Raschke:

[a.o.raschke@web.de](mailto:a.o.raschke@web.de)

Büro Peter Simon, MdEP:

[peter.simon@europarl.europa.eu](mailto:peter.simon@europarl.europa.eu)

Evelyne Gebhardt, MdEP:

[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

Dietram Hoffmann:

[dietram.hoffmann@googlemail.com](mailto:dietram.hoffmann@googlemail.com)

Dieter Stauber:

[dieter.stauber@online.de](mailto:dieter.stauber@online.de)

Guido Berlinger-Bolt, Pol.Sekretär:

[berlinger-bolt@sp-sg.ch](mailto:berlinger-bolt@sp-sg.ch)

Monika Simmler:

[monikasimmler@gmail.com](mailto:monikasimmler@gmail.com)

Vorarlbergs soziale Kraft:

[laendle@spoe.at](mailto:laendle@spoe.at) [www.spoe.at](http://www.spoe.at)

Clubinfo:

[landtagsclub.vorarlberg@spoe.at](mailto:landtagsclub.vorarlberg@spoe.at)

Bürgerbüro Biberach:

[Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)

Martin Gerster, MdB:

[martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de)

Alex Geisler:

[Alex.Geisler@gmx.de](mailto:Alex.Geisler@gmx.de)

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

[Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)

ASF, Dennis Bucher:

[ASF@SPD.de](mailto:ASF@SPD.de)

[dennis.buchner@spd.de](mailto:dennis.buchner@spd.de)

Karl-Heinz Irgang:

[karl-heinz.Irgang@t-online.de](mailto:karl-heinz.Irgang@t-online.de)

Berthold Seeger:

[berthold.seeger@googlemail.com](mailto:berthold.seeger@googlemail.com)

SPD Presseservice:

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

SPD-Regionalzentrum BC:

[bruni.oehrke@spd.de](mailto:bruni.oehrke@spd.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

**Hase Im Titelblatt: Gray rabbit © Natalia Chircova - Fotolia.com**

**Logo Roter Seehas: © 2013 Created By Adnan Sabah**

**[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)**

(Karl-Heinz König)

[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)